

CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENINO - ALTO ADIGE  
REGIONALRAT TRENINO - TIROLER ETSCHLAND

UFFICIO RESOCONTI CONSILIARI  
AMT FÜR SITZUNGSBERICHTE

SEDUTA

120.

SITZUNG

15-6-1967

Presidente: PUPP

Vicepresidente: BERTORELLE

V. LEGISLATURA - V. LEGISLATURPERIODE

A CURA DELL'UFFICIO  
RESOCONTI CONSILIARI

## INDICE

### Disegno di legge n. 57 :

« Disposizioni integrative alle norme di cui all'art. 29 del T.U. approvato con R.D. 8 ottobre 1931, n. 1604, in materia di espropriazione di diritti esclusivi di pesca »

pag. 3

### Disegno di legge n. 60 :

« Disposizioni in materia di uccellazione »  
(present. cons. reg. Posch, Gebert-Deeg,  
Spögler e Bernhart)

pag. 40

## INHALTSANGABE

**Gesetzentwurf Nr. 57 :** « Ergänzungsbestimmungen zu Artikel 29 des mit Kgl. Dekret Nr. 1604 vom 8. Oktober 1931 genehmigten Einheitstextes über die Enteignung der Alleinfischereirechte »

Seite 3

**Gesetzentwurf Nr. 60 :** « Bestimmungen gegen den Vogelfang » (vorgelegt von den Regionalratsabgeordneten Posch, Gebert-Deeg, Spögler und Bernhart)

Seite 40

Ore 10.15

PRESIDENTE: La seduta è aperta. Appello nominale.

UNTERPERTINGER (Segretario questore - S.V.P.): (*fa l'appello nominale*).

PRESIDENTE: Lettura del processo verbale della seduta 13.6.1967.

UNTERPERTINGER (Segretario questore - S.V.P.): (*legge il processo verbale*).

PRESIDENTE: Osservazioni al verbale? Nessuna, il processo verbale è approvato.

Riprendiamo l'esame del *disegno di legge n. 57: « Disposizioni integrative alle norme di cui all'art. 29 del T.U. approvato con R.D. 8 ottobre 1931, n. 1604, in materia di espropriazione di diritti esclusivi di pesca »*.

La parola al Presidente della Commissione legislativa libro fondiario, caccia e pesca per la lettura della relazione.

BENEDIKTER (S.V.P.): (*legge*).

PRESIDENTE: La parola al Vicepresidente della commissione legislativa finanze e patrimonio per la lettura del parere finanziario.

MOLIGNONI (P.S.U.): (*legge*).

PRESIDENTE: Chi chiede la parola in discussione generale? La parola al consigliere Bernhart.

BERNHART (S.V.P.): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich erlaube mir gleich schon vorauszuschicken, daß diese meine Stellungnahme einen rein persönlichen Charakter hat und ich ersuche deshalb alle werten Kollegen und Kolleginnen, dieselbe nur als solche zu bewerten und zu beurteilen. Vorliegender Gesetzentwurf hat in mir einige Bedenken erweckt und deshalb habe ich mich zu diesem Schritt entschlossen. Um mich kurz zu fassen und so gut als möglich verständlich zu sein, sei es mir erlaubt, diese meine Bedenken unter vier verschiedenen Aspekten zu beleuchten: erstens unter einem rechtlichen, zweitens unter einem politischen,

drittens unter einem wirtschaftlichen und viertens unter einem finanziellen Aspekt.

Ich möchte sogleich beim rechtlichen Aspekt beginnen. Bei dem zur Diskussion stehenden Gesetzentwurf über die Ablösung der Eigenfischereirechte müssen wir vor allem unterscheiden, um welche Art von Rechten es sich handelt. Es gibt nämlich Fischereirechte, die rein realen Charakter haben und im Grundbuch eingetragen sind, und solche Fischereirechte, die persönlichen Charakter haben und nur für bestimmte Personen gelten. Da ich annehmen muß, daß manche der werten Kolleginnen und Kollegen den Unterschied zwischen diesen grundverschiedenen Rechten der Fischereiausübung nicht ganz genau kennen, erlaube ich mir denselben in kurzen Umrissen zu erklären.

Realrechte sind solche Rechte, die mit einem Grundstück, einer Gebäulichkeit oder mit einem ganzen Hof verbunden sind. Damit diese Rechte nun Gültigkeit vor der dritten Person haben, müssen sie im Grundbuch eingetragen sein. Diese erste Art von Rechten ermächtigt den Inhaber die Fischerei nur selbst oder im engeren Rahmen seiner Familie, seines Hofes oder des Anwesens auszuüben.

Die zweite Art von Rechten hingegen, nämlich die persönlichen Rechte, sind nur mit einer bestimmten Person verbunden, sind im Grundbuch nicht eingetragen und erlöschen mit dem Tod der berechtigten Person.

Ferner ist zwischen diesen beiden Arten von Rechten der Unterschied, daß die erste Art nicht veräußert werden kann, wenn nicht zugleich auch der Grund bzw. das Anwesen, mit welchem das Recht real verbunden ist, mit abverkauft wird, während die zweite Art frei veräußerlich ist, jedoch mit dem Tod des Berechtigten erlischt. Ein weiterer Unterschied liegt darin, daß die Eigenfischereirechte der

ersten Kategorie, nämlich die realen Charakter haben, sich meistens auf nur kleine Wasserstrecken beschränken und, wie schon erwähnt, nur von einer bis höchsten drei Personen ausgeübt werden dürfen, während die anderen Rechte eine Vielzahl von Personen angeht. Zur besseren Klarheit möchte ich zwei konkrete Beispiele anführen: In meinem Heimatdorf «Galsaun» in der Gemeinde Kastelbell bestehen zur Zeit 23 Eigenfischereirechte, welche mit 23 Höfen verbunden sind. Diese Rechte beschränken sich auf das linksseitige Etschufer und erstrecken sich von der sogenannten «Tiefentalbrücke» bis zur Schnalstalbrücke; das ist ungefähr eine Strecke von 6 km. Diese Fischereirechte sind nicht veräußerlich und dürfen nur vom Hofeigentümer oder von einer von ihm beauftragten Person ausgeübt werden. Solche Fischereirechte nennt man auch Tafelrechte, d.h., die Fische, die von diesen Höfen gefangen werden, dürfen nicht verkauft werden, sondern dienen nur für die Tafel der Familie, also nur für den Eigenbedarf; es darf damit kein Handel betrieben werden.

Wenn ich mich nun gegen die Ablösung der Eigenfischereirechte bzw. gegen die Enteignung stelle, so meine ich dabei insbesondere jene Rechte, die realen Charakter haben und im Grundbuch eingetragen sind. Ich erachte es als überflüssig, mich mit den Fischereirechten, die rein persönlichen Charakter haben, zu befassen. Denn meines Erachtens sind dies keine Rechte, sondern nur zeitlich beschränkte Konzessionen, und um eine solche Konzession aufzuheben braucht es keine Enteignung, sondern nur einen Widerruf der Konzession. Die Fischereirechte aber, die realen Charakter haben, d.h. die mit einer Liegenschaft verbunden sind, sind gesetzlich verankert und sind nicht zeitbeschränkt; in anderen Worten ausgedrückt: sie bilden einen integrie-

renden Bestandteil der Liegenschaft, mit welcher sie verbunden sind und dürfen nicht separat veräußert oder abgelöst werden, wenn nicht auch die Liegenschaft, mit der das Recht verbunden ist, abgelöst oder enteignet wird. In diesem Zusammenhang erlaube ich mir, die Aufmerksamkeit des zuständigen Herrn Assessors auf zwei Urteile hinzulenken, die sich mit diesen Fischereirechten realen Charakters befassen. Es handelt sich um das Urteil des Verfassungsgerichtshofes — das der Herr Assessor schon vorgestern erwähnt hat — vom 8. Juli 1958 Nr. 48, und dann um das Urteil des Appellationsgerichtshofes Trient vom 22. September 1959.

Wenn ich nun zum politischen Aspekt dieses Gesetzentwurfes übergehe, möchte ich vorerst an den zuständigen Herrn Assessor die Frage stellen, welche Gründe ihn bewogen haben, vorliegenden Gesetzentwurf zu einem Zeitpunkt einzubringen, wo die Kompetenzübertragung von der Region auf die beiden Provinzen vor der Tür steht und wo bereits in der Neunzehnerkommission der einhellige Beschluß gefaßt worden ist, daß die Kompetenzen, d.h. die Gesetzgebung und die Verwaltung im Jagd- und Fischereiwesen zur Gänze auf die beiden Provinzen Trient und Bozen übergehen sollen. Wenn dem so ist, warum hat es dann der Herr Assessor so eilig gehabt, diesen Gesetzentwurf einzubringen und dem Regionalrat vorzulegen? Ich persönlich finde diesen Schritt als einen starken Eingriff in die Zuständigkeit der beiden Provinzen Trient und Bozen und sehe in ihm eine Art Bevormundung. Es sei mir gestattet, auch gleich die Gründe bekanntzugeben: Dieser Gesetzentwurf ist ein starker Eingriff in die Kompetenzen der Provinzen. Wenn ich dies behaupte, dann meine ich dabei insbesondere die Provinz Bozen. Ihnen allen, werte Kolleginnen und Kollegen,

dürfte bekannt sein, daß die Provinz Bozen unter anderem auch die Gesetzgebung über die Regelung der geschlossenen Höfe hat und daß diesbezüglich im Jahre 1954 ein Landesgesetz in Kraft getreten ist, welches diese geschlossenen Höfe in aller Hinsicht regelt. Ich habe einleitend schon erwähnt, daß diese Eigenfischereirechte in der Provinz Bozen zum Großteil realrechtlichen Charakter haben und sehr viele, ja ich möchte fast behaupten, daß fast alle diese Eigenfischereirechten mit dem Bestand der geschlossenen Höfe verbunden sind. In Anbetracht dieser Feststellung und in der Gewißheit, daß vor Einbringung dieses Gesetzentwurfes mit der Landeshöfekommission und mit dem Landesauschuß von Bozen keine Beratung gepflogen wurde, andererseits das geltende Höfegesetz vorschreibt, daß ohne Einwilligung der örtlichen Höfekommission oder der Landeshöfekommission keine Veränderung am Bestande der geschlossenen Höfe vorgenommen werden darf, scheint es mir sonnenklar zu sein, daß dieser Gesetzentwurf einen gewaltigen Eingriff in die Zuständigkeit der Provinz Bozen darstellt.

Und nun komme ich zur zweiten Behauptung: nämlich, daß die Vorlage dieses Gesetzentwurfes eine Bevormundung der beiden Provinzen Trient und Bozen darstellt, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil der Art. 2 des vorliegenden Gesetzentwurfs folgenden Wortlaut hat: « Die Gemeinnützigkeitserklärung ist durch Übertragung seitens der Region mit Verordnung des zuständigen Landeshauptmannes nach vorheriger Beschlußfassung der Landesregierung zu verkünden. « Nun, was soll das im Grund genommen bedeuten? Meines Erachtens bedeutet dies nichts anderes, als daß die Region wohl die Einbringerin dieses Gesetzentwurfes ist, aber sämtliche übrigen Schritte und Lasten müssen die beiden Provin-

zen übernehmen und bestreiten. Und nun frage ich Sie, ob dies nicht eine Bevormundung der Landeshauptmänner von Trient und Bozen ist. Dies würde indirekt bedeuten, daß die beiden Präsidenten der Landesausschüsse Trient und Bozen nicht auch fähig wären, über das Schicksal der armen Fischlein und über die Ablöse der Eigenfischereirechte Gesetze zu erlassen. In diesem Zusammenhang komme ich nicht umhin, eine Feststellung zu machen, und zwar, daß — wenn die Regionalregierung in den letzten 19 Jahren ihres Wirkens gewillt und besorgt gewesen wäre, den Art. 14 des Autonomiestatuts so einzuhalten und durchzuführen, wie sie es bei diesem Gesetzentwurf gezeigt hat —, dann wären wir heute bestimmt einen guten Schritt weiter, und so manch harter und unliebsamer Streit hätte vermieden werden können.

Nun komme ich zum wirtschaftlichen Aspekt dieses Gesetzentwurfes. Dr. Volker Lutz, Präsident des Sportfischereivereines Brixen und Vizepräsident des Landesfischereiverbandes, hatte vollkommen recht, wenn er am 5. Oktober 1966 in der Tageszeitung « Dolomiten » die Behauptung aufgestellt hat: « Von einem Apfelbaum können nicht mehr Äpfel heruntergepflückt werden, als er oben hat! » Werte Kolleginnen und Kollegen! Wenn ich ein Hellseher wäre und heute schon wüßte, daß es nach Inkrafttreten gegenständlichen Gesetzentwurfes nur Fischer geben würde, denen der Angelsport tatsächlich am Herzen liegt und die diesen schönen Sport wirklich nur als Erholung und Freizeitgestaltung ausüben, so hätte ich sehr gerne auf diese Stellungnahme verzichtet. Da uns aber die bisherige Praxis eines anderen belehrt hat und ein solcher Gesetzentwurf nur den Fleischfischern, denen das Sprichwort nahesteht: « Tutto fa brodo », zugute kommt, habe ich mich verpflichtet gefühlt, dagegen Stel-

lung zu nehmen. Ein altbewährter Spruch sagt: « Wo die Privatinitiative von der öffentlichen Hand ersetzt bzw. verdrängt wird, dort geht es früher oder später bestimmt bergabwärts ». Und wenn wir diesen Gesetzentwurf durchgehen lassen, dann sind wir soweit und die Rutschpartie hat begonnen. Wo dieser Rutsch uns hinführt, das kann sich ein jeder selbst am besten ausdenken und ausmalen. Ich persönlich bin der Anschauung und bin mir voll auf bewußt, daß die Region, oder nehmen wir auch die beiden Provinzen her, morgen niemals in der Lage sind, die erforderlichen Maßnahmen für die Ausübung der Fischerei durchzuführen, wie sie bis jetzt durch die Rechtsinhaber und die bestehenden Fischereivereine freiwillig durchgeführt und angewandt wurden. Es hat sich auch klar und deutlich erwiesen, daß bei einer privaten Verwaltung der Fischereigewässer bzw. der Fischereirechte in der bisherigen Form der Fischbestand voll und ganz garantiert war, was jedoch nach Inkrafttreten dieses Gesetzes kaum mehr der Fall sein wird, sobald die Fleischfischer ans Werk gehen und « brodo » machen.

In diesem Zusammenhang möchte ich dem zuständigen Herrn Assessor folgende Fragen stellen: Hat der Fremdenverkehr bei der bisherigen Ausübung der Fischereirechte Schaden erlitten, oder wurden nicht eine Unmenge von Gastkarten an Feriengäste zu einem erschwinglichen Preis ausgegeben? Zweitens: Würden diese Feriengäste in Zukunft bzw. nach Inkrafttreten dieses Gesetzentwurfes auch noch zu uns kommen, wenn sie bei der Ausübung des schönen Sportes mehr Fischer als Fische zu sehen bekommen und feststellen müßten, daß die Gewässer schlechter bewirtschaftet werden als früher und der Fischbestand zurückgegangen ist? Dritte Frage: Haben die Fischereirechtsinhaber oder die Fische-

reivereine die Gewässer bisher nicht gut bewirtschaftet? Haben sie nicht sämtliche Hege- und Pflegearbeiten, wie Einsatz von Jungfischen und dergleichen, vorgenommen? Vierte Frage: Beweist nicht gerade der heutige Stand der Fischereigewässer, daß sie bisher ordentlich und mit Fleiß verwaltet wurden? Ich glaube, daß uns dieser Beweis am allerdeutlichsten die Feststellung liefert, daß unsere Gewässer noch durchwegs gut mit Edelfischen, wie Forellen, Äschen, Hechten und Karpfen, besetzt sind, während im übrigen Staatsgebiet diese Fischarten nur mehr selten anzutreffen sind. Um diesen Beweis zu liefern, brauchen wir nur die zahlreichen Sportfischer, die alljährlich aus Mittel- und Norditalien in unsere Region kommen, hernehmen.

Aus all diesen Gründen, sehr verehrter Herr Assessor, zwingt sich mir die Frage auf: Warum die Sache komplizieren, wenn es einfach auch geht bzw. bis jetzt sehr gut gegangen ist?

Und nun noch einige Worte über den finanziellen Aspekt dieses Gesetzentwurfes. Ich weiß jetzt nicht, inwieweit dem zuständigen Herrn Assessor die Kosten bekannt sind, welche bisher die einzelnen Fischereirechtsinhaber und die zahlreichen Fischereivereine für die Erhaltung des Fischbestandes, für den ständigen Einsatz von Jungfischen und für die Besoldung der zahlreichen Fischereiaufseher ausgegeben haben. Ich kann Ihnen aus eigener Erfahrung und langjähriger Praxis auf diesem Gebiet sagen, daß sich diese Kosten alljährlich auf Millionen von Lire belaufen. Oder können Sie, Herr Assessor, mir den Gegenbeweis erbringen und erklären, daß sich die Fischereirechtsinhaber und die Fischereivereine bisher bereichert haben? Ich glaube nicht, daß Sie dies imstande wären zu beweisen. Ich persönlich getraue mich sogar noch oder Vereinsmitglieder viele unbe-

zahlte Arbeitsstunden und viele Opfer und Mühen gebracht haben, um den Angelsportlern, dem Feriengast und allen Liebhabern dieses schönen Sportes den Urlaub und die Freizeit angenehmer zu gestalten. Wie wird dies aber in Zukunft aussehen, wenn dieser Gesetzentwurf durchgehen sollte und in Zukunft mehr Fischer in das Wasser hinein- als Fische heraus-schauen! Wie schon gesagt, wurden die ganzen Spesen und Lasten bis jetzt — mit Ausnahme einiger Beiträge, die die Region für den Fischereinsatz bisher gegeben hat — von den Rechtsinhabern und den verschiedenen Fischereivereinen getragen. Wie wird dies aber aussehen, sobald dieses Gesetz in Kraft tritt?

Der Art. 1 gegenständlichen Gesetzentwurfes sieht vor, daß die Entschädigungssummen für die Ablöse der Fischereirechte auf Grund der für das Gewässer bezahlten Steuern errechnet werden sollen. Wie stellt der Herr Assessor sich das nun vor, wenn für die Fischereirechte bisher weder eine Grund- noch eine Wassersteuer bezahlt wurde? Das Ergebnis ist also « null », und wenn man diese « Null » mit einem Quotienten multipliziert, der ebenfalls eine Null ist, dann kommt bestimmt eine Doppelnul heraus. Auf der andern Seite wissen wir aber auch, daß diese Eigenfischereirechte ein gewaltiges Vermögen darstellen. Irgendwo im Vinschgau wurde vor Jahren ein Fischereirecht für den Betrag von Lire 2 Millionen verkauft. Wenn man aber das Ausmaß dieses Rechtes kennt und weiß, daß es sich nur auf eine Teilstrecke von zirka 6 km dem Etschfluß entlang beschränkt, dann kann man sich ein Bild machen, welche ungeheure Endsumme herauskommt, falls dieser Maßstab bei allen abzulösenden Fischereirechten zugrundegelegt wird. Ich glaube, wir sind uns alle im klaren, daß bei der Ablöse der Eigenfischereirechte der Realwert zugrundegelegt werden muß und daß



dabei eine derart hohe Summe herauskommt, die Hunderte von Millionen ausmacht, welche die Region niemals aufzubringen imstande ist, geschweige denn die beiden Provinzen, die sowieso schon stark verschuldet sind.

Wäre es nicht besser, Herr Assessor, diese Millionen für die Verbauung der Wildbäche auszugeben? In diesem Zusammenhang erlaube ich mir, Sie zu fragen, ob Ihnen bekannt ist, daß durch die Wildbäche alljährlich Millionen Fische zugrunde gehen. Gerade aus diesem Grunde bin ich zur festen Überzeugung gekommen, daß es vorteilhafter wäre, wenn die Regionalregierung diese horrende Summe, welche sie für die Ablöse dieser Fischereirechte ausgeben müßte, für die Verbauung der Wildbäche verwenden würde. Dadurch könnte man nicht nur Millionen von Fischen das Leben retten, sondern Hunderte von Hektaren fruchtbaren Kulturgrundes vor der sicheren Zerstörung bewahren.

Ich schließe nun meine Stellungnahme und erlaube mir ein zweites Mal die Worte des Präsidenten des Sportfischereivereines Brixen zu zitieren, wenn er die Frage stellt: « Hat die Regionalregierung tatsächlich keine anderen Sorgen als eine kostspielige Bewirtschaftung der Fischereigewässer zu übernehmen, die bisher freiwillig, kostenlos und ausgezeichnet durch die Privatwirtschaft erfolgt ist, oder hat man vielleicht nur die Absicht zu zerstören, um den Wünschen irgendwelcher Gruppen entgegenzukommen? ».

In diesem Sinne und vom politisch-rechtlichen Standpunkt aus gesehen möchte ich dem zuständigen Herrn Assessor und ganz besonders den Vertretern der christlich-demokratischen Partei zurufen: Haltet ein mit diesem Gesetzentwurf! Noch ist es zu früh, einen so gewaltigen Ruck nach links zu tun und einen Weg einzuschlagen, von dem wir heute schon

wissen, wo er enden wird und wo andere Staaten auf diesem Gebiet schon auf dem Rückmarsch sind! Ich glaube mit ruhigem Gewissen und im Namen der ganzen Bevölkerung Südtirols sagen zu dürfen, daß bei uns das Eigentumsrecht und die persönliche Freiheit Gott sei Dank noch groß geschrieben wird, und wir können auch mit Leichtigkeit den Beweis erbringen, daß wir imstande waren, bisher das Eigentum und den Besitz zum Wohle der Allgemeinheit richtig zu verwalten und daß wir dasselbe nicht zum Schaden der besitzlosen Mitmenschen ausgeübt haben. Vom wirtschaftlich-finanziellen Standpunkt aus gesehen aber rufe ich Ihnen zu: Haltet ein mit diesem Gesetz, bevor es zu spät ist, denn die Hunderte von Millionen Lire, die wir für die Ablöse der Fischereirechte ausgeben müssen, können wir fruchtbringender für die Wildbachverbauung verwenden! Damit hätten wir zwei Fliegen auf einen Schlag erlegt: Erstens würden unsere fruchtbaren Felder von der Gefahr der Vermurung verschont, und zweitens würden wir dadurch Millionen von Fischlein das Leben retten. Danke für die Aufmerksamkeit!

*(Illustrissimo signor Presidente! Colleghe e colleghi! Vorrei subito premettere che questa mia presa di posizione è del tutto personale e per cui prego i colleghi di valutarla soltanto come tale e come tale giudicarla. Mi sono deciso ad intraprendere questo passo perché tale disegno di legge ha suscitato in me dei dubbi. Per essere breve e per rendere più chiara questa mia esposizione, mi si consenta di illuminarvi su questi miei dubbi e di farlo sotto quattro aspetti diversi e precisamente quello giuridico, quello politico, quello economico e quello finanziario.*

*Vorrei iniziare subito con l'aspetto giuridico. Discutendo il presente disegno di legge*

relativo all'espropriazione dei diritti esclusivi di pesca, si deve innanzitutto stabilire la categoria di tali diritti. Vi sono infatti diritti di pesca, di carattere puramente reale e sono registrati nel libro fondiario, e vi sono quelli a carattere personale riservati esclusivamente ai loro titolari, ritenendo quindi che qualche collega non conosca la fondamentale differenza fra tali diritti, mi permetto dare una breve spiegazione in merito.

I diritti reali sono quelli legati ad un podere, ad uno stabile od anche ad un intero maso e possono questi diritti, essere trasferiti a terzi qualora siano registrati nel libro fondiario. Questo primo tipo di diritti di pesca è riservato al proprietario o alla sua famiglia, al suo maso o podere.

La seconda categoria di diritti invece, quelli cioè personali, riguardano esclusivamente una determinata persona, non sono registrati nel libro fondiario e cessano con la morte della persona stessa.

Sussiste anche un'altra differenza, consistente nel fatto che i diritti relativi alla prima categoria possono essere ceduti soltanto unitamente alla proprietà, ossia al podere, al quale il diritto di pesca è realmente vincolato, mentre quelli appartenenti alla seconda categoria si possono cedere liberamente ma cessano alla morte del titolare. Inoltre i diritti esclusivi di pesca della prima categoria cioè quelli a carattere reale, sono generalmente limitati a brevi tratti fluviali e come già detto sono riservati ad una od al massimo a tre persone, mentre gli altri interessano un maggior numero di persone. Per essere più chiaro vorrei citare due esempi: nel mio paese nativo « Colsano » nel Comune di Castelbello, esistono attualmente 23 diritti esclusivi di pesca, riservati ai titolari di altrettanti masi. Tali diritti possono essere esercitati soltanto sull'argine sinistro dell'Adige nel

tratto di circa 6 km compreso fra il cosiddetto « ponte basso » fino al « ponte Senales », e non possono essere ceduti, perché riservati esclusivamente ai proprietari del maso od a persona incaricata dai titolari. Detti diritti sono denominati di approvvigionamento, vale a dire che il prodotto pescato dal titolare del maso non può essere smerciato, ma deve servire soltanto per il desco familiare ovvero per le esigenze di casa propria; in altre parole detti pesci non devono essere oggetto di commercio.

La mia opposizione ai diritti esclusivi di pesca è diretta in particolar modo ai diritti di carattere reale, che sono registrati nel libro fondiario. Ritengo invece superfluo parlare dei diritti di pesca di carattere personale, che a mio avviso non sono poi nemmeno diritti veri e propri ma bensì concessioni a termine e per sospendere le quali non è necessario un esproprio ma semplicemente una revoca. I diritti di pesca di carattere reale, vale a dire quelli legati ad un immobile, sono illimitati ed ancorati ad una legge; in altre parole: sono parte integrante dell'immobile a cui sono legati e non possono essere ceduti separatamente, bensì unitamente al bene a cui appartengono. A tale proposito mi permetto richiamare l'attenzione del competente assessore, su due sentenze concernenti i diritti di pesca a carattere reale. Intendo la sentenza della Corte Costituzionale dell'8 luglio 1958, n. 48, — citata già l'altro ieri dal signor Assessore — e la sentenza della Corte di Appello di Trento del 22 settembre 1959. Occupandomi ora dell'aspetto politico di questo disegno di legge, vorrei sapere dal signor Assessore quali siano stati i motivi che l'hanno indotto a presentare il presente disegno di legge proprio in un periodo in cui è del tutto prossimo il trasferimento delle competenze della Regione alle due Province e proprio allorché dalla Commissione dei 19 è stato unani-

*memente deciso di trasferire le competenze, vale a dire l'amministrazione e la legislazione in materia di caccia e pesca, alle due Province di Trento e Bolzano. Stando così le cose, perché il signor Assessore ha avuto tanta fretta di presentare detto disegno di legge al Consiglio regionale? Personalmente ritengo questo passo una pesante intromissione nelle competenze delle Province di Trento e Bolzano e vedo in esso una specie di tutela. Mi si consenta di spiegarne subito i motivi: affermando che tale disegno di legge è una drastica intromissione nelle competenze delle due Province, intendo riferirmi in particolar modo alla Provincia di Bolzano. Noi tutti sappiamo, colleghe e colleghi, che la Provincia di Bolzano emana, fra l'altro, leggi preposte alla regolazione dei masi chiusi e che nell'anno 1954 è entrata appunto in vigore una legge provinciale che regola in tutto e per tutto i masi chiusi. Già in apertura del mio intervento avevo accennato che in provincia di Bolzano i diritti esclusivi di pesca sono per la maggior parte di carattere giuridico reale e che molti di questi diritti, anzi direi quasi tutti, sono legati all'esistenza dei masi chiusi. In considerazione di quest'affermazione e nella certezza che prima della presentazione di tale disegno di legge non ci si consultò né con la commissione provinciale competente per i masi chiusi, né con la Giunta provinciale di Bolzano, e che, d'altra parte, la legge sui masi chiusi, tuttora in vigore, vieta di apportare modifiche alla consistenza di detti masi, senza l'autorizzazione della locale commissione per i masi chiusi e dell'apposita commissione provinciale, è lampante come detto disegno di legge costituisca una violenta intromissione nella competenza della Provincia di Bolzano.*

*Ed ora qualche parola sulla mia seconda affermazione e cioè che questo disegno di legge rappresenta un atto di tutela nei confronti delle*

*due Province di Trento e Bolzano; infatti l'art. 2 di detto documento legislativo prevede quanto segue: « La dichiarazione di pubblica utilità è pronunciata — per delega della Regione — con decreto del Presidente delle Giunte provinciali competenti, previa deliberazione della Giunta ». E che cosa dovrebbe significare alla fin fine? A mio avviso niente altro se non che il disegno di legge è stato, sì, presentato dalla Regione, ma che tutti gli altri passi e carichi devono essere assunti e sostenuti dalle Province. Ed ora chiedo se ciò non significhi esercitare una sorta di tutela sui due Presidenti della Giunta provinciale di Trento e Bolzano ed inoltre potrebbe indirettamente significare che i due Presidenti delle Giunte provinciali di Trento e Bolzano non siano in grado di emanare leggi relative alla sorte dei poveri pesciolini ed alla espropriazione dei diritti esclusivi di pesca. A tale proposito non posso fare a meno di constatare, che se il Governo regionale, in questi 19 anni di attività, avesse dimostrato nel rispetto ed attuazione dell'art. 14 dello Statuto di autonomia, la stessa volontà e la stessa cura riservata a questo disegno di legge, saremmo senz'altro un buon passo avanti e si sarebbero potute evitare alcune gravi e spiacevoli controversie.*

*Ed ora parliamo dell'aspetto economico di questo disegno di legge. Il dottor Volker Lutz, presidente dell'associazione pesca sportiva di Bressanone e vicepresidente dell'associazione provinciale pesca, aveva perfettamente ragione, allorché affermò quanto poi pubblicato dal quotidiano « Dolomiten » nell'edizione del 5 ottobre 1966: « da un melo non si possono cogliere più mele di quanto esso ne porti ». Colleghe e colleghi! Se fossi un chiaroveggente e se sapessi già oggi, che dopo l'entrata in vigore del presente disegno di legge vi saranno soltanto pescatori amanti della pesca con l'amo,*

che eserciteranno questo bello sport unicamente a scopo ricreativo e per occupare il tempo libero, ben volentieri rinuncierei a prendere posizione in merito. Ma poiché l'esperienza ci ha finora insegnato che un disegno di legge in tal senso favorisce solamente i pescatori a scopo di lucro, ai quali si addice il detto « tutto fa brodo », mi sono sentito in dovere di oppormi a tale provvedimento. Vi è un vecchio detto che dice: laddove l'iniziativa privata sostituisce o reprime il potere pubblico, le cose sono prima o poi destinate a precipitare. Approvando perciò questa legge incorreremmo appunto in questo ed avrebbe inizio la partita di scivolarello, e lascio ognuno padrone di immaginarne come meglio crede le conseguenze. Personalmente credo e sono in piena convinzione, che la Regione o diciamo pure le due Province non saranno più in grado un domani di attuare ed applicare, come è stato fatto finora, gratuitamente e volontariamente dai titolari dei diritti esclusivi di pesca e dalle relative associazioni, le misure necessarie per l'esercizio della pesca. È già stato chiaramente dimostrato che l'amministrazione privata delle acque ittiche, nella fattispecie dei diritti di pesca, nella forma finora adottata, offriva per il patrimonio ittico assoluta garanzia, mentre dopo l'entrata in vigore della presente legge, ossia non appena i pescatori fedeli al detto « tutto fa brodo » si metteranno all'opera a scopo di lucro, ciò non sarà più possibile.

A tal proposito vorrei porre al competente assessore le seguenti domande: il settore del turismo è stato per caso o non sono state forse concesse ai turisti numerose licenze straordinarie a prezzi ragionevoli? Secondo: quei turisti tornerebbero nella nostra zona dopo l'entrata in vigore del presente disegno di legge, qualora, esercitando questo sport, dovessero constatare che sono più i pescatori dei pesci e che

l'amministrazione delle acque è peggiorata, con conseguente calo del patrimonio ittico? Terza domanda: i titolari dei diritti esclusivi di pesca o le associazioni di pesca non hanno finora amministrato bene le acque? Quarta domanda: l'attuale condizione delle acque ittiche non dimostra forse che le stesse sono state finora amministrate con ordine e diligenza? Il fatto che le nostre acque siano popolate soltanto da specie nobili, quali le trote, temoli, lucci e carpe, che ben raramente si trovano nelle acque del territorio nazionale ne sono prova lampante, unitamente al particolare dell'afflusso nella nostra regione di un folto numero di pescatori sportivi dell'Italia settentrionale e centrale.

Per tutti questi motivi non posso fare a meno di chiederle, signor Assessore: perché complicare le cose, visto che funzionano bene anche in maniera più semplice, nella fattispecie hanno funzionato finora ottimamente?

E adesso ancora un breve accenno sull'aspetto finanziario di questo disegno di legge. Ignoro fino a che punto il competente assessore conosca le spese finora sostenute dai titolari dei diritti di pesca e dalle numerose associazioni, per mantenere il patrimonio ittico, per una continua immissione nelle acque di avannotti e per stipendiare i numerosi guardiapesca. Avendo personalmente una lunga esperienza in questo settore, le posso dire che tali spese ammontano annualmente a milioni di lire. Oppure Lei, signor Assessore, è in grado di fornirmi la controprova, che i titolari dei diritti di pesca e le associazioni di pesca si sono arricchiti? Non lo credo. Oso perfino andare oltre ed affermare che queste persone o soci hanno fatto grandi sacrifici, lavorando molte ore senza remunerazione, pur di rendere più belle e piacevoli le vacanze ed il tempo libero agli sportivi dell'amo, ai turisti ed a tutti gli

amatori di questo bello sport. Ma come si metterebbero le cose per il futuro qualora approvassimo tale disegno di legge e ci trovassimo con più pescatori che pesci? Come già detto tutte le spese sono state finora sostenute dai tiolari dei diritti di pesca e dalle diverse associazioni, salvo alcuni importi stanziati dalla Regione per l'immissione di avanotti. Ma quale sarà la situazione dopo l'entrata in vigore di tale legge?

L'art. 1 del presente disegno di legge prevede che l'indennità dell'espropriazione dei diritti di pesca sia ragguagliata all'imponibile delle tasse pagate per esercizio del diritto di pesca. Considerando che per i diritti esclusivi di pesca non si sono finora mai pagate delle imposte né sui beni mobili né sulle acque, com'è che si prospetta la cosa il signor Assessore? Il risultato è quindi zero e se si moltiplica questo zero con il quoziente di zero, il risultato non può essere che un doppio zero. D'altro canto però sappiamo benissimo che i diritti esclusivi di pesca costituiscono un enorme patrimonio. Alcuni anni or sono, in una località della val Venosta, un diritto di pesca è stato venduto per un importo di 2 milioni di lire; sapendo altresì che tale diritto è limitato soltanto ad un tratto di circa 6 km lungo l'argine del fiume Adige, non è difficile immaginare a quali mostruosi importi si arriverebbe alla fine, usando per ogni cessione di diritto di pesca la stessa misura. Credo, e tutti ne siamo convinti, che l'indennità, di espropriazione dei diritti esclusivi di pesca debba essere calcolata sulla base del valore reale, il che comporterebbe importi di centinaia di milioni, di cui la Regione, e tanto meno le due Province già assai indebitate, sarebbero mai in grado di disporre.

Non sarebbe meglio, signor Assessore, spendere questi milioni per la sistemazione dei bacini montani? In tal relazione vorrei sapere

se Le risulta che ogni anno i torrenti montani causano la perdita di milioni di pesci. Proprio per questo motivo mi sono convinto che sarebbe più vantaggioso impiegare quel denaro per i lavori di sistemazione dei bacini montani, anziché spenderli nell'espropriazione dei diritti di pesca. In tal modo non solo si salverebbero milioni di pesci ma anche centinaia di ettari di coltivi.

Con ciò concludo la mia presa di posizione e mi permetto di citare per la seconda volta l'affermazione del presidente dell'associazione pesca di Bressanone: « Ma il Governo regionale non ha proprio altre preoccupazioni che quella di assumere la costosa amministrazione delle acque ittiche, finora amministrate volontariamente e gratuitamente nel migliore dei modi da enti privati, o forse si intende fare opera di distruzione, magari soltanto per andare incontro ai desideri di un qualche gruppo? ».

Vorrei in tal senso, e dal punto di vista politico-giuridico, lanciare al competente assessore, ed in particolar modo ai rappresentanti della DC, l'appello di fermare questo disegno di legge! È ancora troppo presto far fare un simile passo a sinistra ed intraprendere una via la cui meta è già nota a priori, dal momento che gli altri Stati, per quanto riguarda questo settore, stanno facendo marcia indietro. Credo di poter, a nome della popolazione sudtirolese, dire in tutta coscienza, che grazie a Dio qui da noi diritto di proprietà e libertà personale si scrivono ancora a carattere maiuscolo, e credo inoltre, che possiamo dimostrare con facilità come si sia stati in grado finora di amministrare, per il bene comune, la proprietà in quella giusta misura che non arrecasse danni ai meno abbienti. Vi esorto, dal punto di vista economico-finanziario a fermarvi con questa legge prima che sia troppo tardi, poiché quelle

*centinaia di milioni di lire necessarie per l'esproprio dei diritti esclusivi di pesca, possiamo investire in modo più produttivo per la sistemazione dei bacini montani! In tal modo si potrebbero prendere due piccioni con una fava: innanzitutto i nostri coltivi verrebbero preservati da una eventuale alluvione ed in secondo luogo si salverebbero milioni di pesciolini. Grazie per l'attenzione!)*

**PRESIDENTE:** La parola al consigliere Corsini.

**CORSINI (P.L.I.):** Signor Presidente e signori colleghi, io vorrei incominciare con lo sbarazzare il campo da una questione di principio perché nell'intervento che ha fatto l'altro ieri il signor assessore competente, un intervento che — se mi si permette di dare un giudizio — invece che essere stato di proposizione di un disegno di legge e di spiegazione pacata e tranquilla di quello che col disegno di legge si vuol raggiungere, è stata praticamente una difesa prima ancora che le artiglierie nemiche sparassero, c'è una frase in quel tono abbastanza polemico che usa l'assessore Raffaelli, e che ha dovuto usare perché appunto ha dovuto mettersi su una posizione difensiva, una frase che non mi è piaciuta e che mi obbliga a una precisazione, e che del resto mi consente di entrare proprio in quella questione di principio alla quale accennavo iniziando questo mio intervento. Il signor assessore Raffaelli ha detto che se io avessi guardato con attenzione tutta la sentenza della Corte costituzionale, con una attenzione altrettanto critica, come ho fatto oggetto sicuramente il diritto di proprietà *tout court*, avrei visto anche altre cose, che io credo di aver visto, che l'assessore Raffaelli ieri non ha detto, e che qui dovrò evidentemente espor-

re in un modo completo e dettagliato. Se però con questo accenno, parte ironico e parte polemico, indirizzato a un consigliere liberale, al quale di solito si dice che dinanzi al diritto di proprietà si inginocchia e che non vuole che in nessun modo sia toccato, si volesse porre una ipoteca su tutta quella che è la giustezza della nostra argomentazione giuridica e politica, io richiamo subito il signor assessore Raffaelli e gli altri colleghi di commissione a quanto ho detto sempre in commissione: che se ci fossimo trovati dinanzi a un disegno di legge, il quale avesse avuto il coraggio, come era il coraggio primitivo del primo disegno di legge di iniziativa consiliare dell'assessore Raffaelli, dell'ora assessore Raffaelli, un disegno di legge di un articolo unico, il quale dicesse: « sono estinti nella regione Trentino - Alto Adige i diritti ereditari ed esclusivi di pesca », il gruppo liberale non avrebbe esitato a dare tutto completo il suo appoggio e la sua approvazione. Ho anche ricordato — e mi piace ricordarlo qui di nuovo, perché non ci siano equivoci o malintesi su quella che è la nostra posizione — ho anche ricordato e letto in sede di commissione quale è stato il parere che il nostro ufficio legislativo romano ci ha rilasciato su questa questione e che è da noi completamente condiviso, e cioè che i diritti in questione sono veri reliquati di epoche ormai tramontate e che non hanno buona stampa, che non ne hanno avuto mai, specialmente tra i giuristi di ispirazione chiaramente liberale, e ciò non solo per una viscerale ostilità contro ogni privilegio, ma anche per la considerazione specifica, per i diritti esclusivi di pesca, che questi, rimessi alla buona grazia del titolare quanto al loro esercizio o non esercizio, finiscono spesso col produrre situazioni peggiorative del patrimonio ittico e quindi lesive dei connessi interessi generali. Proprio per evitare queste condizioni peggiora-

tive del patrimonio ittico, nel testo unico del 1931 sulla pesca è stato introdotto il famoso articolo 29, il quale prevede, come è noto a tutti, che si possa procedere alla revoca dei diritti esclusivi di pesca, quando tali diritti non siano esercitati in rapporto alla loro potenzialità, ovvero se l'esercizio di essi sia riconosciuto contrario ad esigenze di interesse generale. Bene avrebbe fatto a nostro avviso l'assessore competente e l'amministrazione regionale ad osservare caso per caso se i diritti esclusivi di pesca non siano stati esercitati in un caso o in più casi in rapporto alla loro potenzialità, ovvero se l'esercizio di essi sia riconosciuto contrario ad esigenze di interesse generale. Se si avvera l'uno o l'altro di questi due casi, non occorre creare nuovi strumenti legislativi, essendo sufficiente l'applicazione dell'art. 29 del T.U. sulla pesca perché si possano dichiarare decaduti, revocati tali diritti esclusivi di pesca. Se l'amministrazione regionale fino a questo momento non ha fatto nessun atto di tale natura o non ha creduto di poterlo fare, particolarmente per quei casi macroscopici ai quali evidentemente questo disegno di legge è indirizzato, vuol dire che l'amministrazione regionale non si è sentita in grado di poter dimostrare che tali diritti non sono stati esercitati in rapporto alla loro potenzialità, oppure che tali diritti sono stati esercitati in modo contrario ad esigenze di interesse generale. Fra le esigenze di interesse generale il signor assessore viene oggi a porne esplicitamente un'altra, che implicitamente dovrebbe già essere contenuta nella dizione ben precisa e comprensiva di ogni possibilità e di ogni caso, quella dell'art. 29: viene a porre anche la esigenza di interesse turistico. Perché se può esserci un fondamento logico o se un fondamento logico l'amministrazione regionale ha inteso dare a questo disegno di legge, è quello di dire che qui nella regione

Trentino - Alto Adige è necessario provvedere, se non alla dichiarazione di estinzione, almeno alla possibilità di espropriazione dei diritti esclusivi di pesca, in vista di interessi generali di natura turistica. Questo è il fondamento logico e politico e amministrativo ed economico e di interesse generale che l'assessore vuol dare a questo disegno di legge. Sulla validità di questa impostazione logica, ritorneremo successivamente. Va detto che il primo disegno di legge di iniziativa consiliare, presentato dall'allora consigliere, ora assessore, Raffaelli, era il disegno più schietto, più franco, più sincero e più coerente: proponeva la dichiarazione di estinzione dei diritti esclusivi di pesca. Che cosa è avvenuto? La storia di come si siano svolte le cose mi pare che sia necessario farla, proprio per meglio capire la situazione attuale. È avvenuto che nel frattempo è finita la legislatura e, come tutti i disegni di legge non discussi, anche questo disegno di legge di iniziativa consiliare fu dichiarato decaduto. Si aprirono poi le consultazioni fra i partiti di maggioranza per la formazione della Giunta regionale, — non svelo segreti perché sono stati detti anche in sede di commissione più di una volta, e d'altro canto, nell'aula consiliare, segreti, quando si tratta di interessi generali, non ce ne sono e non ce ne devono essere — è avvenuto che nella contrattazione e nella formazione dei patti per arrivare a questa coalizione fra democrazia cristiana e partito socialista, l'assessore Raffaelli, già designato, avanzò ancora una volta il suo desiderio che la Giunta prendesse l'impegno, nella legislatura, di dichiarare estinti i diritti esclusivi di pesca. Poiché tuttavia codesta Giunta ha questa esigua maggioranza di natura numerica, per cui ha dovuto, come è noto e come è stato detto mille volte, chiedere una specie di lasciapassare alla S.V.P., un lasciapassare almeno perché la frazione della S.V.P. non fosse pregiu-

dizialmente e programmaticamente avversa alla Giunta regionale, la S.V.P. avanzò questa pregiudiziale e disse: noi il lasciapassare lo daremo a determinate condizioni, e alcuna di queste condizioni fu quella che non si parlasse di abolizione, di estinzione dei diritti esclusivi di pesca. La cosa può darsi che non abbia fatto, anzi sicuramente non ha fatto piacere all'assessore Raffaelli, il quale ha voluto legare il suo passaggio alla storia dell'autonomia regionale e della V legislatura per questo disegno di legge . . .

RAFFAELLI (assessore turismo, caccia e pesca e settore idroelettrico - P.S.U.): Non avendo potuto legarlo a qualche guerra o a qualche scoperta scientifica . . .

CORSINI (P.L.I.): . . . non avendo potuto passare alla storia per leggi molto più impegnative . . .

RAFFAELLI (assessore turismo, caccia e pesca e settore idroelettrico - P.S.U.): Napoleone c'è già stato.

CORSINI (P.L.I.): Questo è vero. La cosa non ha fatto piacere, e allora si è cercato il machiavello: di arrivare agli stessi scopi che l'assessore Raffaelli si propone — che sono scopi, come dirò poi, ben chiaramente delimitati, ben chiaramente definiti —, arrivare a questi scopi attraverso altre strade. E quando capita di dover lasciare per un qualsiasi motivo la via retta — la via retta non nel senso morale, nel senso geometrico — per imboccare veicoli e scorciatoie, le difficoltà naturalmente diventano estremamente più gravi ed estremamente

più complesse. E allora l'assessore Raffaelli ha escogitato, invece che l'istituto della estinzione dei diritti esclusivi di pesca, quello della espropriazione. Espropriazione che dovrebbe essere congiunta alla potestà della Regione Trentino - Alto Adige, in base all'art. n. 4 dello Statuto speciale per il Trentino - Alto Adige, 26 febbraio '48, n. 5, dove si parla di potestà in materia di espropriazione per pubblica utilità, e in base alle altre potestà in materia di caccia e di pesca, e conseguentemente anche potestà di natura amministrativa per quanto concerne l'articolo 13 dello Statuto. Però la cosa è diventata estremamente complessa ed estremamente difficile, perché quello che avrebbe potuto essere qualche cosa di semplice e di chiaro, ha dovuto ammantarsi così di vesti esterne, e si son dovute creare le condizioni fittizie, a mio avviso, perché potesse essere introdotto questo istituto della espropriazione. Di qui la incertezza continua della Giunta su questo tema; incertezza che mi piace far rilevare e della quale abbiamo prova un'altra volta anche oggi. Perché proprio questa mattina, venendo qui, ci siamo visti distribuire un nuovo testo del disegno di legge, un nuovo testo che è fondamentalmente diverso da quello che abbiamo qui in discussione, e la diversità è chiarita proprio dalla sostituzione di un nuovo art. 1 a quello che era stato l'art. 1 del disegno di legge presentato dalla Giunta e anche a quello che è l'art. 1 del testo emendato dalla commissione. L'art. 1 presentato dalla Giunta è questo: « Fino all'emanazione di una legge regionale generale in materia di pesca, nell'applicazione dell'art. 29 del R.D. 8 ottobre 1931, n. 1604, l'indennità di espropriazione è ragguagliata all'imponibile medio degli ultimi dieci anni, iscritto definitivamente a ruolo ai fini dell'imposta di ricchezza mobile per l'esercizio del diritto da estinguere, al tasso di capitalizzazione del 5% ». Indipendente-



mente dal fatto che anche questo sistema di indennizzo è venuto poi mutandosi profondamente e radicalmente con le proposte che ci ha ieri annunciato il signor assessore e che oggi ci ha distribuito nel testo scritto, il primitivo disegno di legge della Giunta — non parlo di quello di iniziativa consiliare, parlo di quello della Giunta — sembrava che fosse una creatura molto timida, che in sostanza dicesse: poiché l'art. 29 — che noi abbiamo il diritto di applicare — non designa quali sono i metodi e i criteri per l'indennizzo, noi veniamo fissando questi criteri di indennizzo. Poi la commissione ha mutato questo art. 1 e ha parlato in questo modo: « Fino all'emanazione di una legge regionale generale in materia di pesca, l'applicazione dell'art. 29 è consentita ai soli fini della diffusione della pesca sportiva e dello sviluppo del turismo ». Il nuovo testo raccoglie questa impostazione e ripete che la applicazione dell'art. 29 è consentita ai soli fini della diffusione della pesca sportiva e dello sviluppo del turismo, e che le acque libere dei diritti esclusivi di pesca devono costituire oggetto di concessione amministrativa, di acquicoltura — la commissione diceva di piscicoltura — a favore di enti e associazioni sportivi operanti nelle zone interessate. Ora, signor assessore, io non so se è stata la fretta, sia in commissione, sia la fretta sua nello stilare questo art. 1, che a me sembra abbia fatto prendere una topica piuttosto grossa, perché l'art. 29 del R.D. 8 ottobre 1931 precisa quello che dicevamo prima, precisa quali sono i casi nei quali si possono dichiarare revocati i diritti esclusivi di pesca, e sono quei casi che ho citato prima. Ora qui si dice che l'applicazione dell'art. 29 è consentita ai soli fini della diffusione della pesca sportiva e dello sviluppo del turismo. Cioè praticamente si fa un salto al di là di quella che è la legislazione statale e questo — lo

dico ai colleghi della S.V.P. — questo vale esattamente come il passare incartato l'altro principio, quello della dichiarazione di estinzione dei diritti esclusivi di pesca. Perché quando si afferma che l'applicazione di questo art. 29 è consentita ai soli fini della diffusione della pesca sportiva e dello sviluppo del turismo, si taglia immediatamente qualsiasi altra possibilità di utilizzo e di esercizio di questi diritti esclusivi di pesca, e cioè non si dice più soltanto che si dovranno o si potranno espropriare là dove ci sarà la necessità per un interesse di natura generale, si fissa il principio della estinzione pura e semplice, *sic et simpliciter*. Se dovessi dare un giudizio sui testi che abbiamo oggi a disposizione, signor assessore, le dovrei veramente dire che questo tema non è stato ancora sufficientemente maturato, ma non mi arrischio neanche lontanamente a domandarle che lei richiami tutto e che provveda a una rielaborazione, manco per sogno. Noi staremo qui alcune giornate a discutere di questa grandissima questione dalla quale dipende la pace universale, mentre evidentemente quando qualche momento in più domandiamo noi delle minoranze per discutere altre questioni, si dice: ma ci sono questioni urgenti di interesse immediato, di cui la nostra popolazione ha bisogno. Noi abbiamo un sacco di disegni di legge che si occupano di altre questioni molto più importanti, molto più necessarie, e siamo qui chiamati per la testardaggine — mi scusi, lo dico così, un poco amichevolmente — la testardaggine di una impuntatura, a discutere un disegno di legge del quale voi stessi non avete ancora un'idea chiara e precisa di come sarà organato, di come sarà definitivamente approvato. Sapete una cosa sola, lei assessore Raffaelli sa una cosa sola: che vuol finire questa legislatura, avendo tolto di mezzo l'esercizio di alcuni diritti esclusivi di pesca, particolarmente

in provincia di Trento. Perché la stranezza politica e la abnormità di natura legislativa di questa legge — per cui io credo che chiunque abbia un poco di rispetto per il diritto, non può tremare di fronte a cose che si vogliono fare come queste — la stranezza, l'abnormità di questa legge consiste in questo fatto: che questa è una legge mendace, non è una legge veritiera, è una legge che contiene una bugia di fondo; e l'ho detto in altre occasioni: la mendacità è uno dei requisiti fondamentali che infirmano una legge. Una legge deve avere il valore della verità, non deve essere viziata da mendacità. E la mendacità in questa legge consiste in questo fatto: che noi facciamo una legge per l'intero territorio della regione Trentino - Alto Adige, e lei lo sa meglio di me, e noi lo sappiamo tutti quanti, e nel momento in cui lei riuscirà a dare alla S.V.P. tutte le assicurazioni che la S.V.P. vorrà per arrivare almeno a un'astensione, lo sapremo ancora meglio, lei lo sa bene, lo sappiamo tutti, lo sa l'opinione pubblica, che noi stiamo facendo una legge che ha valore per l'intero territorio della regione Trentino - Alto Adige, e che contemporaneamente siamo alla ricerca di strumenti che consentano che questa legge non sia applicata alla provincia di Bolzano. Perché questa è stata la richiesta che è stata fatta esplicitamente in sede di commissione, richiesta alla quale lei ha detto: io nel complesso posso anche essere d'accordo, mi riserverò di sentire gli uffici legislativi per formulare questo nuovo congegno della delega ex art. 14, una delega che non sia soltanto delega per l'esercizio di poteri amministrativi, come è l'art. 14, ma sia una delega per fare o non fare, in modo tale che la legge abbia un significato regionale, perché altro che regionale non può essere, e però contemporaneamente si sappia con esattezza che attraverso questa nuova formulazione della de-

lega, che lei aveva promesso di trovare — ho visto nel testo attuale, l'ho letto in fretta, perché ce l'ha consegnato questa mattina, ma nel testo attuale mi pare che completamente questa formulazione non sia stata trovata e qui sentiremo più particolarmente gli interessati, i rappresentanti della S.V.P. — essa può o non può essere applicata in provincia di Bolzano. Lei è andato alla ricerca del modo per poter varare questa legge che consenta l'esproprio dei diritti esclusivi di pesca, dando contemporaneamente assicurazione ai rappresentanti della provincia di Bolzano che questa legge, se essi non vorranno applicarla, potranno anche far a meno di applicarla: l'importante è che venga applicata in provincia di Trento. Lei ha detto ieri che non presume di essere un giurista, io lo presumo ancora meno di lei, ma non posso non sollevare tutte le mie preoccupazioni sulla legittimità costituzionale di una legge che dovendo coprire l'intero territorio sul quale si esercita la sovranità legislativa dell'organo che emana la legge stessa, è però congegnato in modo tale da consentire o da costituire le premesse perché una parte del territorio alla legge non debba soggiacere. Lei ricorda in sede di commissione le preoccupazioni avanzate dai colleghi della S.V.P., i quali dicevano: noi non ne abbiamo abbastanza della delega ex art. 14, perché la delega è sì per l'esercizio delle funzioni amministrative, ma la delega prevede anche che la Giunta regionale emani delle direttive, la delega prevede anche un potere di sostituzione del delegante al delegato, quando il delegato non voglia applicare la legge. Ed era su questi temi che in sede di discussione ci si era riservati di avere un chiarimento e su questi temi che lei aveva fatto acquiescenza. Io ho qui gli appunti che mi ero fatto durante il corso delle discussioni in sede di commissione, e mi ricordo che avevo domandato se la Giunta ave-

va chiara coscienza di quello che stava ponendo in moto attraverso la accettazione da parte della Giunta della richiesta della S.V.P. di creare un nuovo tipo di delega invece che della delega pura e semplice, così come è prevista dall'art. 14, una delega anche per fare o per non fare. Ho visto qui, rapidissimamente, nel testo che è stato distribuito oggi, che forse sono stati gli uffici legislativi a sconsigliare di arrivare fino a questo, o forse non si è trovata la possibilità giuridica per organizzare questo nuovo sistema di delega, per cui le cose mi pare siano rimaste così, come era inevitabile che rimanessero. Questo lo dico con riserva di una più attenta analisi del testo che ci è stato distribuito. Ma che questa legge — lo ripeto e chiudo questo argomento — che questa legge sia stata fatta con il tentativo di introdurre in essa la possibilità di dare tranquillità alle esigenze della S.V.P. e che perciò sia una legge che vuol essere, perché non può esserlo, di valore regionale, ma che nella realtà, nella concretezza, si tradurrà poi a una pura e semplice legge che colpisce la provincia di Trento, su questo non c'è nessun dubbio, e a mio avviso questo è proprio il carattere fondamentale di mendacità che il disegno di legge contiene.

Questioni giuridiche: l'esproprio. L'esproprio, signor assessore, della proprietà privata, non è che stia sotto gli occhi attenti soltanto dei liberali. I fini e le modalità dell'esproprio sono segnate nella carta costituzionale. Non vi piace? Cambiatela. Per il momento è questa. Del resto l'ho sentito un momento fa dall'intervento del collega Bernhart, che mi sembra che anche se non è liberale non faccia poca cura dei diritti di proprietà. Comunque, stando alla situazione giuridica quale è quella odierna, non c'è nessun dubbio che noi dobbiamo vedere con attenzione quello che andiamo mettendo in moto, perché per raggiungere uno scopo,

anche utile, io convengo con lei — non so se proprio di utilità generale, di interesse generale — ma uno scopo anche utile, intaccare certi principi, tagliando le difficoltà attraverso scorciatoie e vicoletti, io questo sinceramente non so se mi sentirei di poterlo approvare.

Lei mi consentirà se da maldestro giurista io mi permetterò di fare alcune osservazioni di natura giuridica. Ho voluto un poco documentarmi nel passato e ho dovuto un poco documentarmi ieri su quelle che sono state le sue affermazioni in materia giuridica nella relazione che lei ha reso dinanzi a questo Consiglio. Mi permetta di dirle, signor assessore, che io credo che lei abbia una grande confusione nella testa in materia di diritti reali, di diritti di proprietà, di diritti soggettivi e via dicendo. E mi pare che abbia una grande confusione nella testa anche su quello che è l'oggetto dell'esproprio stesso, se a pag. 11 sembra che invece di espropriare i diritti di pesca, si debba addirittura passare a quello che è l'utilizzo delle acque come tali. Le acque non sono nella nostra disponibilità, signor assessore. Non lo sono, ai fini della pesca. Ma anche qui c'è una certa confusione di natura giuridica, che io credo stia proprio anche alla base delle incertezze e delle confusioni di questo disegno di legge. Lo troverò poi dopo, bisogna che me lo cerchi a pag. 11 dove parla delle acque, ecc. Intanto le domando, signor assessore, perché lei non vuole tener conto della sentenza, che lei ha citato ieri, della Corte Costituzionale, sentenza 6 luglio 1966, n. 90. Lei non vuole tenerne conto, perché ha detto che il diritto esclusivo di pesca non è un diritto di proprietà, non è paragonabile al diritto reale. Guardi, sulla questione del diritto di proprietà non è che possiamo presumere di dare delle risposte molto definitive noi, se è una di quelle materie sulle quali si sono crucciati teste d'uovo maggiori

delle nostre, modestissime, e uomini di validissima cultura e di validissima preparazione giuridica. Vuole che le citi soltanto il Giuffrida « Sui diritti esclusivi di pesca »? Il Piccardi « Sulla natura dei diritti esclusivi di pesca »? Il Sargenti « Fondamento e natura del diritto di pesca »? Zanobini nel « Corso di diritto amministrativo »? Il Gallo, nei « Rapporti contrattuali » e via dicendo? Nessun dubbio, dice Giancarlo Ferrero, autore di questo studio che riprende — è del 1961 — riprende tutte queste discussioni, nessun dubbio che oggetto del diritto non sia lo specchio d'acqua, ma il prodotto ittico in esso contenuto. Questo non toglie affatto la nota di realtà consistente nella immedesimazione del diritto con il bene, nella assoluta indipendenza per il suo soddisfacimento della cooperazione di terzi. Per cui io non posso accettare la sua impostazione giuridica che il diritto esclusivo di pesca non è paragonabile al diritto reale. Io proprio non mi sento di seguirla su questo piano. Il diritto esclusivo di pesca, non solo non è non paragonabile con il diritto reale, ma è un diritto reale, e l'osservazione è stata fatta un momento fa dal collega Bernhart, tanto è vero che noi, per alcuni di questi diritti di pesca abbiamo addirittura la intavolazione. E che cosa si intavola? Che cosa si intavola se non un diritto reale? Dunque non dobbiamo avere dubbi sulla realtà del diritto esclusivo di pesca. Possiamo poi fare quello che vogliamo lo stesso, o per meglio dire la maggioranza può fare quello che vuole ugualmente, però è meglio che dica le cose con chiarezza, non venir qui a mescolare le carte e a voler confondere gli aspetti giuridici della questione. Il diritto esclusivo di pesca è un diritto reale, tanto è vero, ripeto — e questa è la dottrina di tutti i maggiori giuristi — tanto è vero che è iscritto sui libri tavolari. È una proprietà, non è una proprietà;

è un diritto di proprietà, non è un diritto di proprietà. Qui, ripeto, la discussione è stata sempre molto più ampia; non c'è però nessun dubbio che dal momento in cui si parla di un diritto reale, la sua espropriazione è assimilabile alla espropriazione di qualsiasi altro diritto reale, di qualsiasi altro bene. Non c'è nessun dubbio da questo punto di vista. E sono contento nel vedere che colleghi che sono avvocati e giuristi, consentono almeno su questa mia affermazione. E allora quali sono i limiti che la Corte costituzionale pone al diritto di espropriazione? Ecco, essi sono là, noti, attraverso quella interessantissima sentenza del 6 luglio 1966, n. 90, che lei, signor assessore, ha cercato qui un poco di minimizzare, dicendo: si trattava di volontà di espropriare un terreno, gli atti non erano stati fatti, sono passati dieci anni e via dicendo.

RAFFAELLI (assessore turismo, caccia e pesca e settore idroelettrico - P.S.U.): Sono cose scritte nella sentenza, nella descrizione del fatto, non le ho inventate io!

CORSINI (P.L.I.): Sì, sì, però la sentenza dice tante altre cose, che mi piace dire.

RAFFAELLI (assessore turismo, caccia e pesca e settore idroelettrico - P.S.U.): Che ho letto!

CORSINI (P.L.I.): « Il precetto costituzionale — lego — secondo cui una espropriazione non può essere consentita dalla legge, se non per motivi di interesse generale, e cioè se non quando lo esigano ragioni importanti per la collettività, comporta in primo luogo la

necessità che la legge indichi le ragioni per le quali si può far luogo alla espropriazione e che l'espropriazione stessa non possa essere autorizzata se non nella effettiva presenza delle ragioni indicate dalla legge. Ne consegue che una espropriazione non può essere autorizzata per far fronte a bisogni ipotetici ed eventuali, ma solo quando appaia indispensabile, per far fronte a bisogni che, pur se destinati a concretarsi in futuro o ad essere soddisfatti soltanto con il decorso del tempo, presentino tuttavia, fin dal momento attuale, quel sufficiente punto di concretezza che valga a far considerare necessario e tempestivo il sacrificio della proprietà privata nell'ora presente. Anche la possibilità di far luogo alla soddisfazione del bisogno deve essere caratterizzata fin dal momento in cui l'espropriazione viene autorizzata da un sufficiente punto di effettività e di concretezza.

L'esigenza della sussistenza dei motivi di interesse generale, si riconnette immediatamente al riconoscimento e alla garanzia dell'istituto della proprietà privata ed importa che l'espropriazione deve necessariamente collegarsi, e cioè deve essere in rapporto immediato, con la soddisfazione di effettive e specifiche esigenze rilevanti per la comunità ». La sentenza della Corte costituzionale prosegue dicendo ancora che oltre a chiarire e a definire lo scopo preciso per cui si fa luogo alla espropriazione, debba anche essere evidente che lo stesso identico scopo non potrebbe essere raggiunto se non con la espropriazione, perché se potesse essere raggiunto lo stesso scopo senza procedere alla espropriazione, la espropriazione sarebbe illegittima. Ora io domando al signor assessore se effettivamente egli non si sia lasciato fuorviare da una idea che aveva nel passato e che ha coltivato fino ad oggi e che coltiverà anche nel futuro, quella cioè di procedere alla espropriazione di quegli alcuni determinati corsi o specchi

d'acqua, senza domandarsi che lo stesso scopo poteva essere raggiunto in modo diverso. Signor assessore, se almeno in questo la legge è veritiera, lei ci dice che essa vuol raggiungere lo scopo di incrementare il turismo e di consentire un più facile esercizio della pesca ai pescatori sportivi per l'occupazione del tempo libero, per tutte quelle altre belle e utili cose che il nostro mondo moderno ha rilevato e che intende attuare. Non crede che ci sarebbe stato qualche semplice mezzo, mezzo più semplice di questo? Quando io le domanderò alla fine — e glielo dico adesso, così forse intanto può dar ordine ai suoi uffici perché preparino questi calcoli, se non li hanno preparati — quando io le domanderò alla fine quanto costerà l'operazione, nella ipotesi che debbano essere espropriati tutti i diritti esclusivi di pesca — un'ipotesi che può essere anche eccessiva, io non dico di no, ma che la legge prevede evidentemente — allora io sono convinto che quell'argomento che è sempre stato passato sotto silenzio — tu Provincia non preoccuparti, perché tanto pagheremo noi Regione, ma la Regione non si preoccupi perché non si tratterà effettivamente di somme che diano fondo al bilancio regionale — quell'argomento diventerà estremamente interessante ed estremamente preoccupante. Io voglio domandarle — e questo lei lo deve sapere — se sulla base di quel calcolo, quella formula di cui ci ha dato oggi conoscenza, dato che i diritti esclusivi di pesca sono ben noti al suo assessorato nel loro numero e nel loro valore almeno approssimativo, io voglio domandare quanto dovrà pagare la Regione. E non mi dica: ma per quest'anno mettiamo in bilancio un milione, come è stato scritto nell'ultimo articolo di questo disegno di legge. Mi dica: la Regione, se farà questo, dovrà pagare alla fine di 3-4-5-6-10 anni, tante decine di milioni o tante centinaia di milioni. La cifra la

lascio fare a lei. Ma, vede, se fossimo partiti da questo ordine di ragionamenti, allora avremmo potuto anche dire: forse con una spesa minore riusciamo ad ottenere gli stessi scopi che vogliamo ottenere con un disegno di legge, che viene a intaccare questioni fondamentali del rispetto della proprietà privata e del diritto di esproprio. Avremmo potuto, per esempio, fare una proposta molto più semplice. La Regione dà soldi a destra e a sinistra: perché, per esempio, la Regione non potrebbe stabilire un contributo, un contributo a favore di quelle alcune società di pescatori che si valgono, per i loro associati, della pesca in specchi o in corsi d'acqua che sono coperti da diritti esclusivi, un contributo che consenta un concorso per la somma che viene richiesta per la concessione sportiva? Concorso non dato ai proprietari dei diritti esclusivi di pesca, dato alle associazioni, con la premessa che si deve effettivamente dar luogo, oltre che alla concessione di permessi ai pescatori locali, anche alla facilitazione della concessione dei permessi a pescatori che vengono dal di fuori della regione, perché quelli effettivamente incrementano il turismo, quelli effettivamente arrecano una ricchezza che proviene dal di fuori della regione. Nel momento in cui io vado a pescare al lago di Caldonazzo o di S. Cristoforo, come si chiami, non faccio altro che lasciare le 100 lire della Coca Cola a S. Cristoforo invece che a Trento, ma una differenza di immissione di ricchezza effettiva nella nostra regione o nella nostra provincia non c'è. È dal di fuori, eventualmente, che bisogna sollecitare l'intervento dei pescatori, l'intervento di quei turisti che vengono mossi anche da questa motivazione della pesca sportiva. E questo potevamo raggiungerlo in un modo molto semplice, molto più facile: potevamo concorrere con delle piccole somme, che anche globalmente sarebbero state sicuramente

inferiori a quelle alle quali si va incontro nel momento in cui si dovesse applicare completamente questo disegno di legge, una volta diventato legge. Non solo, signor assessore, ma la sentenza della Corte costituzionale dice ancora qualche cosa di più: dice che la espropriazione deve essere commisurata a quella determinata finalità che si vuole raggiungere, perché è stata dichiarata illegittima la legge della Regione siciliana? Perché si è detto: qui espropriamo un terreno e su questo terreno, un giorno o l'altro, senza previsione perciò di tempo, costruiremo il palazzo della Regione o dell'Amministrazione regionale. Si possono espropriare 10 mq., se ne possono espropriare 1.000, 10.000, 100.000, se non c'è, come la Corte costituzionale richiede, la esatta comparazione tra quello che si vuole espropriare e il fine che si vuole esattamente raggiungere. Veramente tutti i diritti esclusivi di pesca devono essere soggetti a questa spada di Damocle dell'esproprio, anche magari in zone nel quale è imprevedibile che essi possano dar luogo a un ulteriore sviluppo del turismo. E noi facciamo così un disegno di legge, che non dà quelle garanzie della proprietà privata che la stessa Costituzione vuole. Mi sa dire, signor assessore, lei che ieri si è preoccupato tanto che l'amministrazione regionale deve essere onesta — come è onesto lei, perché lei le tasse le paga, ha detto — perché l'amministrazione deve essere onesta nell'osservare che oggi a torto si lamentano i proprietari dei diritti esclusivi di pesca, se hanno pagato meno tasse di quelle che dovevano pagare, dal momento che si vuol corrispondere l'indennizzo sulla base in principio del pagato, poi dell'imponibile, poi adesso con un altro sistema ancora, e non si preoccupa della disonestà dell'amministrazione nel momento in cui pone questa spada di Damocle su tutti quanti i diritti esclusivi di pe-

sca? Se lei ha un diritto esclusivo di pesca e c'è una legge valida che ne consente l'esproprio, mi sa dire qual è il valore di quel suo diritto esclusivo di pesca che le resta in mano, anche se all'esproprio non si procede, e anche se l'esproprio non si farà mai? Per me questa è disonestà, anche questa della pubblica amministrazione.

RAFFAELLI (assessore turismo, caccia e pesca e settore idroelettrico - P.S.U.): Allora è fasullo l'art. 29, che lei ha detto che potevamo usare, perché l'ha considerato uno strumento valido.

CORSINI (P.L.I.): No. Lo considero uno strumento valido anche adesso, ma l'art. 29 precisa che la revoca possa essere fatta per due motivi: o quando non venga sufficientemente coltivato il patrimonio ittico, o quando sia contrario agli interessi generali, ma l'onere della prova della contrarietà agli interessi generali spetta al potere amministrativo, nel momento in cui vuol fare l'esproprio, non al legislativo. Questa è la differenza fondamentale. E nei confronti di un atto amministrativo il proprietario ha sempre la possibilità di ricorso, mentre qui mettete una spada di Damocle su tutti quanti i diritti esclusivi di pesca, anche su quelli che non esproprierete mai, causandone perciò una perdita di valore, perché il giorno in cui si volessero cedere o si volessero contrattare e vendere, come è possibile, secondo l'attuale diritto, voi avrete inferto con questo disegno di legge un grave colpo al valore dei diritti esclusivi di pesca. Questa non è onestà dell'amministrazione.

Infine, la sentenza della Corte costituzionale dice qualche cosa ancora, ed è quella riguardante il tempo. Non posso espropriare og-

gi, per fare di qui a dieci secoli. Quelli sono i vincoli che è possibile mettere attraverso la disciplina urbanistica, ma non attraverso una legge di esproprio. Venite a prendermi, se io l'avessi, un pezzo di campo, dicendomi: qui devo costruire una scuola. Benissimo fate a portarmelo via nel momento in cui volete costruire una scuola, perché l'interesse pubblico deve prevalere sull'interesse privato; ma non potete dirmi: ti esproprio il tuo terreno, perché di qui a 10 secoli io farò la scuola. E pertanto correlativamente devono essere fissate anche delle norme per cui questi espropri devono essere intimati almeno entro due mesi, entro tre mesi, entro un anno e poi basta, e la legge deve avere una fine da questo punto di vista, se non si vuole fare un torto ingiusto.

E adesso veniamo a parlare un poco di questi proprietari dei diritti esclusivi di pesca. Il parere mio sui diritti credo di averlo già detto e credo che equivoci non ce ne siano. Però, signor assessore, ci sono dei diritti esclusivi che sono stati ereditati e che provengono attraverso i magnanimi lombi dal passato, e che quel tale che li ha oggi o li conserva oggi, li ha e li conserva per un fatto indipendente dalla sua volontà e indipendente dalla sua diligenza od altro; e ci sono dei diritti di pesca che sono stati acquisiti, sono stati comperati, secondo le leggi dello Stato italiano, e sono stati fatti perciò dei contratti validi a tutti gli effetti. E ci sono dei diritti esclusivi di pesca che sono esercitati anche da un punto di vista industriale, i quali danno lavoro e danno reddito a chi vi lavora, a chi detiene i diritti stessi, e danno naturalmente anche l'odiato guadagno. Se il guadagno è soggetto al pagamento delle imposte regolari, come lei l'altro ieri invocava, fino al momento in cui c'è questa Costituzione, non possiamo assolutamente porlo sotto accusa e sotto processo. Se l'esercizio di

questi diritti non è fatto nel modo previsto dalla legge, avete l'art. 29 da invocare. Non occorre niente di nuovo. Ma perché dovremmo, a un dato momento, punire coloro che si sono resi partecipi e diligenti per una iniziativa economica? Io questo veramente non lo capisco. In Alto Adige la situazione può essere un poco diversa, i diritti sono più piccoli, eppure abbiamo sentito un momento fa che anch'essi hanno un valore di natura economica, e hanno un valore di natura economica tanto più importante, quanto proprio più piccolo è l'organismo, la famiglia alla quale è indirizzato il reddito e il guadagno reale e possibile di questi diritti. Io veramente non ritengo che questa sia una legge equa e giusta. C'è un problema — e qui lo tocco, perché è meglio essere chiari — un problema, ed è quello delle ripercussioni nella pubblica opinione; pubblica opinione che in questo caso è quella dei pescatori — la pubblica opinione di quei 39 che hanno i diritti ereditati e diritti esclusivi di pesca in provincia di Trento, quella è inutile che la diciamo, sappiamo intuitivamente quale è — la pubblica opinione dei pescatori, che è poi l'altro argomento parallelo che capita alla pubblica opinione dei cacciatori, quando si parlerà del disegno di legge Posch. Ora, signor assessore, a me è dispiaciuto estremamente averla sentita dichiarare in sede di commissione, quando si trattava della questione degli uccelletti, che lei si sente assessore dei pescatori e dei cacciatori. Io qui dentro non mi sento rappresentante né dei pescatori, né di coloro che detengono i diritti esclusivi di pesca, mi sento rappresentante di tutta quanta la collettività regionale . . .

RAFFAELLI (assessore turismo, caccia e pesca e settore idroelettrico - P.S.U.): Ho det-

to il contrario. Dica la verità, ho detto il contrario.

PRESIDENTE: Non interrompere.

RAFFAELLI (assessore turismo, caccia e pesca e settore idroelettrico - P.S.U.): Abbia pazienza, posso anch'io smentire una cosa contraria!

CORSINI (P.L.I.): Va bene, va bene, ne parleremo quando parleremo della legge sugli uccelli.

Ora io vorrei anche fare questa osservazione: che forse i pescatori che credono di essere così vivamente interessati all'approvazione di questo disegno di legge, innanzi tutto potrebbero ottenere gli stessi scopi attraverso quella via estremamente più semplice ed estremamente più economica, alla quale ho accennato precedente. E in secondo luogo, sono veramente sicuri di ottenere questi risultati? Li potranno anche ottenere, ma ancora una volta con aggravio dell'ente pubblico, con aggravio dell'ente pubblico ancora una volta, perché o queste associazioni alle quali si daranno in concessione le acque provvederanno a quelle che sono le opere di ripopolamento, di coltura, che non si limitano soltanto nel prendere qualche sacchetto di plastica con dentro l'acqua e con dentro delle trotelle e lanciarlo dall'elicottero e qualche volta il sacchetto di plastica non si rompe e le cose restano così come sono. Non è quella la piscicoltura, non è quella la coltivazione delle acque; ci sono preoccupazioni di altra natura, di natura genetica; bisogna condurre degli studi, vedere quale è la commissione delle specie e via dicendo. Ora le associazioni dei pescatori le faranno in proprio



tutte queste cose e costeranno. E allora ancora una volta una delle due: o alzeranno quello che è il costo del permesso di pesca per i propri soci e particolarmente per coloro che vengono da fuori, e cioè ponendo un ostacolo allo sviluppo del turismo invece che facilitandolo, o altrimenti dovranno ricorrere a mamma Regione, perché oggi a mamma Regione si ricorre da parte di tutti, da più parti. E cioè praticamente noi, con questo disegno di legge, finiremo per attirarci la necessità di nuove e maggiori spese.

Nella sua relazione, signor assessore, ha trattato alla fine e in un modo molto sbrigativo, quello che a mio avviso avrebbe dovuto essere il tema primo e principale, cioè la dimostrazione che è necessario ai fini del pubblico interesse potrebbe essere quello di interessi turistici, quello di sviluppare la possibilità di occupazione del tempo libero anche per i concittadini della regione, ma tutto questo, secondo me, doveva essere almeno un poco appoggiato da statistiche. Lei doveva pur venir qui e dirci: vedete, signori, là dove ci sono i diritti esclusivi, il concorso dei forestieri è tanto; là invece dove ci sono le acque libere, il concorso dei turisti è tanto. Si può notare una differenza, si può effettivamente documentare che la liberalizzazione per adesso, poi la concessione a queste nostre società di pescatori locali porterà a un maggiore incremento del turismo, a un maggior numero di pescatori che vengono da fuori regione. Di questo noi dobbiamo farne semplicemente credito, fede. Possiamo semplicemente dire: be', è evidente che se al lago di Ledro invece che pagare mille lire — non so, dico a caso — un permesso di pesca, per un giorno si pagherà ottocento, probabilmente invece che venire qualcuno in meno verrà qualcuno in più. Va be', ma questa è una intuizione. Qui un dise-

gno di legge che mette mano a quelli che sono gli indirizzi reali, doveva pur essere giustificato da un'ampia relazione accompagnatoria. Ci si deve dire: sul corso dell'Adige vengono tanti e tanti, sono rilasciati tanti e tanti permessi di pesca; là dove ci sono i diritti esclusivi le difficoltà sono maggiori per questo e per quest'altro motivo. Un disegno di legge deve essere documentato, signor assessore, e questa documentazione manca nel modo più completo; c'è soltanto la continua affermazione che questo farà bene ai fini turistici della nostra regione.

Con riserva di intervenire ancora una volta sulle questioni di natura giuridica, io chiudo, dicendo e ripetendo che il gruppo liberale, di fronte a un disegno di legge che dichiara estinti i diritti esclusivi di pesca, sarà presente con il suo voto positivo, ma di fronte a un disegno di legge come questo, che vuole andare per vie traverse, per arrivare a degli scopi particolari, che ha tutte queste contraddizioni interne, che è errato anche dal punto di vista giuridico, che non è veritiero, noi, se il corso della discussione non ci dimostrerà qualche cosa di diverso, noi fino a questo momento siamo piuttosto perplessi e piuttosto sulla negativa, per l'art. 1 particolarmente.

*(Applausi del pubblico).*

PRESIDENTE: Non sono ammessi applausi.

La seduta è sospesa per dieci minuti, per dare modo alla commissione finanze di tenere una riunione.

*(Ore 12).*

**PRESIDENTE:** La seduta è aperta. La parola al dott. Jenny.

**JENNY (S.F.P.):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Sozialé Fortschrittspartei Südtirols hat über diesen Gesetzesantrag diskutiert, was nicht ganz leicht war, weil in unseren Reihen u.a. die Meinung herrschte, daß diese mehr oder weniger in chronischer Agonie liegende Region andere wichtigere Probleme hätte als die Regelung der Fischerei, oder die Enteignung der Fischereirechte.

Aber bitte, dieser Gesetzesantrag ist hier eingebracht worden und auch wir müssen dazu eine Stellung beziehen. Ich möchte gleich vorweg eine grundsätzliche Frage stellen: Inwieweit hat dieser Gesetzesantrag eigentlich mit den Fischen zu tun? Inwieweit dient er effektiv einer Verbesserung der Entwicklung der Fischerei, des Tourismus usw. unseres Landes und unserer Region? Diese Frage ist berechtigt, umso mehr als man diesem Gesetzesantrag unzweifelhaft politische Aspekte gegeben hat, die der chronischen, schwierigen, unserer Meinung nach, unhaltbaren Lage der Region entsprechen, bzw. daraus hervorgehen. Man hat gewissermaßen auch die Prinzipien des Sozialismus bemüht, um manches zu rechtfertigen, was ich ganz offen gesagt als demokratischer Sozialist eher bezweifle.

Man hat auch von Feudalrechten gesprochen. Ich gebe zu, daß diese Alleinfischereirechte aus einer Zeit stammen, wo noch die Feudalrechte herrschten, aber heutzutage, glaube ich, wäre es ein Kampf gegen Windmühlen, wollte man die Feudalrechte dort sehen, wo sie effektiv nicht mehr sind, und nicht die

neuen Feudalherren bemerken, die eigentlich das Leben beherrschen: die Banken, Trusts usw. usw.

Nach diesen einleitenden Worten haben wir uns bemüht, uns soweit als möglich — ich bin selbst kein Fischer und habe vom Fischen keine Ahnung —, ein objektives Bild zu machen, was man mit diesem Gesetzesantrag eigentlich bezwecken will. Wir sind dabei zur Meinung gekommen, daß schon der Titel des Gesetzes irgendwie nicht ganz dem Sinne entspricht, den das Gesetz haben sollte. Unserer Meinung nach hätte es heißen sollen: « Schaffung eines Reglements für die Fischereirechte in der Region » oder « ... für die Fischerei in der Region », d.h. eine allgemeine Reglementierung, was unserer Meinung nach ein erster Schritt wäre, um Ordnung in diese Materie zu bringen. Wir haben diesen Eindruck aus Gesprächen mit Leuten gewonnen, mit solchen auch außerhalb unserer Region, so z.B. mit maßgebenden Leuten in der Schweiz, die sich mit diesen Grundsätzen auf kantonaler Ebene beschäftigten und wo eine allgemeine Enteignung durchgeführt worden ist, oder z.B. mit dem sozialistischen Bundesland Kärnten, das infolge seines Gewässerreichtums dieses Problem besonders empfindet. Ich muß sagen, daß die erste, aber sehr solide und absolut abseits von jeder ideologischen Bewertung stehende Kritik, folgende ist: Warum schafft man in erster Linie nicht ein Reglement, ein allgemeingültiges Reglement für die Fischerei in der Region, wenn dadurch viele der zu Recht oder zu Unrecht bestehenden Mißstände Mißstände beseitigt würden? Wir haben aus Gesprächen mit Fischern erfahren, daß die Mißstände nicht nur dort auftreten wo Fischereialleinrechte bestehen. Vom Grundsatz dieses Gesetzesantrages ausgehend, wäre also anzunehmen, daß die Regelung der sogenannten

freien Gewässer ideal sei. Fischer behaupten jedoch, daß dem nicht so sei und beklagen sich grundsätzlich, daß hier keine allgemeingültigen Regeln vorhanden wären, so wie z.B. in der Schweiz, wo diese Sache auf öffentlicher Basis geregelt ist. Das ist der erste wesentliche Punkt der Kritik, den wir äußern.

Der zweite Punkt, den wir erwähnen möchten, ist folgender: die fakultative Enteignung. Aus dem Gesetz geht hervor, daß man enteignen kann. Ja, meine Damen und Herren, was heißt das? Man sagt, das ist den Provinzen überlassen. Aber das ändert nichts am gewissen diskriminatorischen Charakter dieses Gesetzes. Wer wird denn enteignet? Ich muß ehrlich sagen — und es gibt da genug konkrete Beispiele in unserer Provinz, so z.B. erst kürzlich die Geschichte der Regelung unseres Irrenhauses — wir können unserer Verwaltung nicht solche Vorschußvertrauenslorbeeren geben, absolut nicht! Sie ist nicht unparteiisch. Es besteht dann die große Gefahr, daß die Leute enteignet werden, die aus irgendeinem Grund, möchte ich sagen, dem Landesauschuß nicht gerade zu Gesicht stehen, ja es ist sogar nach unseren Erfahrungen durchaus möglich, daß man damit parteipolitische Spekulationen verbindet. Und dafür gibt es auch genug Beispiele in der Provinz Bozen. Wie es in Trient ist, darüber enthalte ich mich einer Stellungnahme. Immerhin wäre es möglich, solche Spekulationen zu vermeiden, wenn ein klares Reglement vorhanden ist. Ich habe z.B. die Kärntner diesbezüglich gefragt und man gab mir folgende Antwort: « Wir sehen durchaus eine Enteignungsformel vor, aber nur wenn das Reglement, das wir geschaffen haben, nicht eingehalten wird. Wenn der betreffende Besitzer (sie haben diese Fischereialleinrechte noch belassen) diese Grundsätze nicht beachtet, dann hat das Land automatisch das Recht, diese Ge-

wässer zu übernehmen ». Das ist der zweite Punkt, den wir hervorheben. Wir können doch nicht nach den Erfahrungen, die wir gemacht haben — wobei wir betonen, daß wir grundsätzlich für eine solche Regelung sind —, die Enteignung einfach der Freiheit der Beurteilung des Landesauschusses überlassen; soviel Vertrauen können wir nicht geben.

Der dritte Punkt ist der, daß die ganze Angelegenheit geordnet werden müßte. Denn es erhebt sich die Frage: Wird der Verein, der die Rechte nach der Enteignung der Alleinfischereirechte übernimmt — was wir grundsätzlich bejahen —, für eine echte Liberalisierung im Sinne des Tourismus sorgen, oder besteht die Möglichkeit, daß dieser neue Verein — ganz gleich wer es nun sei — in Hinsicht einer Liberalisierung der Gewässer noch negativer eingestellt ist als der frühere Alleininhaber? Das ist durchaus möglich. Die Schweiz hat dieses Problem dadurch gelöst, indem sie in den Kantonen eine öffentliche Institution geschaffen hat. Natürlich besteht immer die Frage, was bei uns bei einer solchen Regelung herauskommt. Jedenfalls in der Schweiz ist es so geordnet worden, daß effektiv eine Liberalisierung der Fischerei entstanden ist, wobei die grundsätzlichen Rechte der Fischer geregelt sind und auch das gewahrt bleibt, was eigentlich das Entscheidende ist: die Erhaltung der Fische. Denn eine Liberalisierung, die zur Vernichtung des Fischbestandes führen würde, wäre ja weder im Interesse der Region, noch des Landes, noch der Fische, noch des Tourismus überhaupt. Wenn man den Gesetzesantrag so liest wie er jetzt vorliegt, dann kommen einem Bedenken bezüglich der vagen Formulierung, die lautet: « . . . a favore di enti e associazioni sportive ». Dies bezüglich haben wir betont, man solle diesen Punkt genauer definieren. Wir haben uns auch überlegt, ob die

Rechte nicht an die Gemeinden übertragen werden sollten, jedenfalls soll klar festgesetzt sein, daß ausgesprochen lokale Elemente die Kontrolle über diese Liberalisierung übernehmen sollen.

Alle diese Kritiken stellen absolut keine negativen Einstellungen « a priori » zu diesem Gesetz dar, sondern sind eine grundsätzliche Bejahung dieses Gesetzesantrages, unter Wahrung derjenigen Rechte, die zu einer Verbesserung der Fischerei in der Provinz oder in der Region führen sollen. Man wird mit diesem Gesetzesantrag vielleicht einen gewissen momentanen demagogischen Erfolg erzielen, aber die Fischer — von den Fischen ganz zu schweigen, die sich als stumme Subjekte dieses Gesetzesantrags sowieso nicht dagegen wehren können —, und auch alle diejenigen, die mit der Entwicklung des Tourismus unter diesen Aspekten irgendetwas verfolgen, werden nicht befriedigt sein.

Das sind drei grundsätzliche Punkte, die ich vorbringe, weil wir möchten, daß dieser Gesetzesantrag nicht zu einer Verschlechterung, sondern zu einer Verbesserung und zu einer echten Liberalisierung der Situation auf diesem Gebiete führen möge. Wir verstehen die Einstellung der SVP nicht, die and und für sich grundsätzlich dagegen ist, aber gleichzeitig über eine höhere finanzielle Ablöse verhandelt. Die Haltung kommt mir so vor, wie die tugendhaften Mädchen, die grundsätzlich gegen die käufliche Liebe sind, aber dann je mehr der Preis steigt, umso wankender in ihren Entschlüssen werden. Die Vorstellung, daß allein mit der geldlichen Frage auch die Mängel eines fehlenden allgemeingültigen Reglements, einer Katalogisierung der Flüsse, einer diskriminatorischen Art des Gesetzesantrages irgendwie behoben werden könnten, ist mir unverständlich.

Das sind unsere Bemerkungen, die wir zu

diesem Gesetzentwurf zu machen haben. Teilweise wurden sie schon in der Kommission gemacht, wo immer wieder die Frage der lokalen Rechte betont wurde. Teilweise sind sie später vorgebracht worden, vor allem dieser Grundsatz des Reglements. In der Schweiz z.B. wurde dieses Reglement, ohne lange Geschichten zu machen, ohne die Feudalrechte zu betonen, ohne irgendwelche sozialistische Prinzipien in den Vordergrund zu stellen, eingeführt. Man braucht nur in den Nachbarkanton hinüberzugehen, nach Chur, und sich das Reglement geben zu lassen, so sieht man, daß es gelungen ist, diese Grundsätze der lokalen Rechte durchzusetzen. Also ich betone: vor dem Enteignungsgesetz die Schaffung eines Reglements, das alle verpflichtet, auch die Inhaber der Fischereirechte, oder besonders diejenigen, gewisse Grundsätze in der Vergabe der Lizenzen zu befolgen. Voraussetzung dazu ist die Respektierung der Rechte der Fischer. Denn sonst befürchten wir, daß es jetzt im Laufe dieser Diskussion oder der Diskussion, die meistens vor den Türen geführt wird, zu einem überstürzten parteipolitischen Abkommen kommt, wo Kraut und Rüben durcheinandergeworfen werden, der Sinn des Gesetzes wahrscheinlich vollkommen verfälscht wird, sodaß sich dann das Gesetz als negativ erweist. Wir möchten also konkret und mit der ausdrücklichen Betonung, daß die Soziale Fortschrittspartei grundsätzlich dafür ist, fordern, daß diese entscheidenden Punkte — das Reglement, die Allgemeingültigkeit der Enteignung unter Wahrung derjenigen Rechte, die besonders der Kollege Bernhart erwähnt hat, nämlich die Eintragungen in das Grundbuch bestimmter Rechte —, noch einmal genauestens betrachtet werden und von dieser Voraussetzung aus das Gesetz durchgegangen und dann erst angenommen wird. Sonst fürchten wird, kommt eine parteipoliti-

sche Suppe heraus, die dem grundlegenden Aspekt der Sache nicht gerecht wird.

In diesem Gesetz — seien wir ganz offen — spiegelt sich die unmögliche politische Situation der Region wider, und es ist zu bedauern, daß die sozialistischen Freunde sich nicht durchsetzen können, immer wieder Abstriche in Kauf nehmen müssen, aber natürlich, sagen wir aus Prestige Gründen, nicht davon abgehen können, selbst wenn vor lauter Abstrichen, die ja effektiv von seiten vielleicht weniger der DC als von der SVP gefordert werden, von der grundlegenden und richtigen Idee nichts mehr übrigbleibt. Aber so geht die Region seit 20 Jahren weiter; es wird immer schlechter und schlechter, aber diese Situation ist nur zu ändern, wenn einmal die Region abgeschafft wird und die Provinzen an ihre Stelle treten.

*(Signor Presidente! Signore e signori! Il partito socialprogressista sudtirolese ha già discusso su questo disegno di legge e non è stato facile, per nulla facile, in quanto nelle nostre fila regna, fra l'altro, l'opinione che questa nostra Regione, languente in uno stato di agonia cronica, avrebbe da risolvere problemi ben più importanti della regolamentazione della pesca o dell'espropriazione dei diritti esclusivi di pesca.*

*Comunque, visto e considerato che il disegno di legge è stato presentato in Consiglio, una posizione in merito dobbiamo pur prenderla anche noi. Vorrei, quale premessa, porre subito una domanda basilare: fino a che punto questo disegno di legge ha a che vedere con la pesca? In quale misura potrà effettivamente tornar utile ai fini di uno sviluppo della pesca, del turismo ecc. nella nostra provincia, e nella nostra regione? Ritengo questa mia domanda legittima, tanto più che emergono dal presente*

*disegno di legge quegli indubbi aspetti politici, rispecchianti, a nostro avviso, la situazione cronica, difficile, quanto insostenibile della Regione. A giustificazione di certi punti sono stati tirati in ballo anche principi socialisti, il che suscita in me, quale socialdemocratico, più che altro dei dubbi.*

*Si è anche parlato di diritti feudali. Pur ammettendo che tali diritti esclusivi di pesca risalgono ancora ai tempi del feudalesimo, credo però che il voler continuare a guardare ai diritti feudali, in realtà ormai inesistenti, senza rilevare che oggi sono i nuovi feudatari, quali le banche, trust ecc., i veri dominatori della vita, significherebbe lottare contro i mulini a vento. Tenuto conto, quindi, di tali premesse ci siamo sforzati di interpretare per quanto possibile, obiettivamente — personalmente non sono pescatore e non me ne intendo di pesci — il vero scopo di tale disegno di legge. È sorta così fra noi l'opinione che il titolo stesso della legge non corrisponda allo scopo a cui tale legge dovrebbe essere preposta. A nostro avviso il titolo sarebbe dovuto essere il seguente: « Istituzione di un regolamento per i diritti di pesca in regione » oppure « . . . per la pesca in regione », che a nostro avviso rappresenterebbe il primo passo per mettere ordine in questa materia. È questa l'impressione da noi tratta da colloqui tenuti con gente estranea alla nostra Regione; ad esempio con influenti persone che in Svizzera, ove si è proceduto ad un esproprio generale, si occupano su piano cantonale di questi principi di massima, o con personalità della Regione federale socialista della Carinzia, ove il patrimonio idrico rende più attuale che mai tale problema. Devo dire che, a prescindere da ogni valutazione ideologica la prima e piuttosto consistente critica che muovo contro tale provvedimento è la seguente: perché non si crea anzitutto*

*un regolamento per la pesca in regione, un regolamento generale con il quale si potrebbero eliminare molti inconvenienti, giusti o ingiusti che siano? Parlando con pescatori abbiamo appreso che gli inconvenienti non insorgono soltanto laddove vigono i diritti esclusivi di pesca. Partendo dal principio su cui si fonda il disegno di legge in parola si dovrebbe dedurre che la regolamentazione delle cosiddette acque libere sia l'ideale. Qui i pescatori, di contro, affermano che non è così e lamentano, di massima, la mancanza di una norma generale di regolamentazione, come ad esempio quella svizzera, dove la questione è regolata su base di diritto pubblico. Questo è il primo fondamentale punto della nostra critica.*

*Il secondo, cui vorremmo accennare, riguarda l'esproprio facoltativo. Dalla legge risulta che è ammesso l'esproprio; e che significa, signore e signori? Si dice che questo compito deve essere rimesso alle Province, ma ciò non cambia nulla a quel certo carattere discriminatorio della legge. Chi verrà espropriato? Devo dire sinceramente — e nella nostra Provincia esistono molti esempi concreti, tipo la recente storia della regolamentazione del nostro ospedale psichiatrico — che non possiamo assolutamente far riposare l'amministrazione sugli allori, anticipandole la nostra fiducia. Essa amministrazione, non è imparziale, per cui verrebbe a sussistere il grosso pericolo dell'esproprio nei confronti di persone che, vorrei dire per un qualsiasi motivo, non siano propriamente gradite alla Giunta provinciale, senza contare, inoltre, che stante le nostre esperienze non sono a nostro avviso da escludersi in tal connessione speculazioni di politica di partito. Anche a tal proposito vi sono esempi a sufficienza, in provincia di Bolzano. Mi astengo invece dal pronunciarmi sulla situazione della provincia di Trento. Si potrebbero comun-*

*que evitare simili speculazioni qualora si disponesse di un chiaro regolamento. Ho interrogato in merito i carinziani e mi venne risposto: « noi prevediamo sì una formula di esproprio, ma solo in caso di trasgressione al regolamento da noi istituito. Qualora il titolare (hanno lasciato intatti i diritti esclusivi di pesca) non osservasse questi principi, la Provincia acquisirebbe automaticamente il diritto di assumere l'amministrazione idrica ». Questo è il secondo punto che desideriamo porre in risalto. Non possiamo — dopo le passate esperienze — e qui torno a sottolineare che noi siamo, di massima, favorevoli ad una simile regolamentazione, non possiamo, ripeto, lasciare semplicemente alla Giunta provinciale la facoltà di decidere liberamente sulle espropriazioni; non possiamo concederle così tanta fiducia.*

*Il terzo punto riguarda l'ordinamento dell'intera questione, in quanto vien fatto di chiedersi: l'associazione che assumerà l'amministrazione delle acque dopo l'espropriazione dei diritti esclusivi di pesca — che noi in linea di massima approviamo — provvederà veramente, nell'interesse del turismo, alla liberalizzazione delle acque, o sussiste forse la possibilità, che questa nuova associazione — qualunque essa possa essere — assuma nei confronti della liberalizzazione delle acque un atteggiamento ancor più negativo di quello del precedente titolare? Ciò potrebbe senz'altro verificarsi. La Svizzera ha risolto tale problema insediando nei vari Cantoni una pubblica istituzione. Naturalmente resta sempre aperto l'interrogatorio che cosa ne sortirà qui da noi con una regolamentazione del genere. Comunque in Svizzera si è provveduto alla regolamentazione in modo tale, da averne conseguito veramente la liberalizzazione della pesca, e garantito in tal modo i diritti fondamentali del pescatore nonché — fatto determinante — il mantenimento dei*

pesci. Infatti una liberalizzazione della pesca che comportasse la perdita del patrimonio ittico non gioverebbe né alla Regione né alla Provincia, né ai pesci, e tanto meno al turismo. Leggendo il disegno di legge, così come attualmente elaborato, lascia un po' perplessi la seguente vaga formulazione: «... a favore di enti ed associazioni sportive». «Abbiamo in merito già sottolineato che tale punto deve essere definito con precisione. Si è anche preso in considerazione il trasferimento dei diritti ai Comuni, comunque va chiaramente stabilito, che il controllo della liberalizzazione deve venire affidato esclusivamente ad elementi locali.

Tutte queste critiche comunque non rappresentano per nulla «a priori» un atteggiamento negativo nei confronti di questa legge, anzi, in linea di massima sono una tacita conferma a tal disegno di legge, salvo i diritti che dovrebbero apportare un miglioramento alla pesca, in provincia ed in regione. Inizialmente conseguiremo forse un certo temporaneo risultato demagogico, ma i pescatori — forse è il caso di tralasciare i pesci che come personaggi muti non si possono comunque difendere — ed anche tutti coloro che sotto questo aspetto mirano con lo sviluppo del turismo a qualche cosa, non saranno soddisfatti.

Espongo questi tre punti fondamentali, perché desideriamo che il disegno di legge in parola non comporti un peggioramento, ma un miglioramento nonché una vera liberalizzazione della situazione di tale settore. Non comprendiamo l'atteggiamento della Südtiroler Volkspartei la quale, di per sé contraria alla questione, avvia nel contempo trattative per un esproprio a maggior prezzo. Tale atteggiamento mi sembra simile a quello delle ragazze virtuose, che sono fundamentalmente contrarie al meretricio, la cui virtù però scema quanto più sale il prezzo. L'idea che la sola questione finan-

ziaria possa in certo qual modo risolvere il problema della mancanza di un regolamento a validità generale, di una classificazione dei fiumi, della forma discriminatoria del disegno di legge, è per me incomprensibile.

Queste sono le nostre osservazioni sul disegno di legge in parola, osservazioni che, in parte, sono già state fatte in sede di commissione, ove è sempre stato posto l'accento sulla questione dei diritti locali, ed in parte sono state avanzate più tardi, specie per quanto concerne il principio di massima del regolamento. In Svizzera ad esempio, tale regolamento è stato attuato senza tante complicazioni, senza accentuare i diritti feudali, senza porre in rilievo un qualsiasi principio socialista. Basta recarsi nel vicino Cantone di Chur e farsi dare il regolamento per constatare come si sia riusciti a far valere questa massima dei diritti locali. Dunque torno a sottolineare: istituire prima dell'espropriazione un regolamento che obblighi tutti, anche i titolari dei diritti di pesca, anzi in particolar modo questi, a rispettare certi principi nella concessione delle licenze di pesca, quale premessa per il rispetto dei diritti dei pescatori, in quanto temiamo che nel corso di questa discussione o di quella che generalmente si svolge sui corridoi, si giunga ad affrettati accordi basati sulla politica di partito, che buttati là alla rinfusa possano, con ogni probabilità, falsare completamente il senso della legge, rendendola negativa. Sottolineando che il partito social-progressista è, in linea di massima, d'accordo, vorremmo esplicitamente chiedere che questi punti determinanti, ossia il regolamento, la validità generale dell'esproprio con la conservazione però dei diritti messi in particolare evidenza dal collega Bernhart e la registrazione nel libro fondiario di determinati diritti, vengano ancora una volta vagliati attentamente e che si tengano nella dovuta

*considerazione queste premesse, prima di far passare e quindi approvare la legge. Poiché noi si teme che dal tutto ne possa sortire un minestrone di politica di partito che non farebbe giustizia a quello che è l'aspetto fondamentale della faccenda.*

*In questa legge — diciamolo sinceramente — si rispecchia di bel nuovo l'impossibile situazione politica della Regione ed è deplorabile che gli amici socialisti non possano far valere le proprie ragioni, debbano in continuazione sottostare a dei tagli, ma è ovvio che, diciamo per motivi di prestigio, non possano desistere dal loro intento, anche se a furia, appunto di tagli, richiesti in effetti forse più dalla S.V.P. che dalla D.C., ne resti ben poco di ciò che è il concetto fondamentale vero e proprio. Ma da vent'anni la vita della Regione si svolge in questo modo; la situazione peggiora continuamente e la si può cambiare soltanto eliminando la Regione e facendo subentrare al suo posto le Province.)*

PRESIDENTE: Chi chiede ancora la parola?

RAFFAELLI (assessore turismo, caccia e pesca e settore idroelettrico - P.S.U.): Io penso che lo svantaggio di una risposta anticipata, non prevista, possa essere ampiamente compensato dal vantaggio che non perdiamo il tempo, che si è ritenuto da più parti sproporzionato alla importanza della legge. Qualcuno dei colleghi che sono intervenuti questa mattina ha appunto imputato alla Giunta regionale la responsabilità, la colpa di aver creato tanta discussione, di aver creato i presupposti perché si perda molto tempo attorno a una legge che, secondo l'opinione di questi colleghi, non avrebbe meritato tanta attenzione. Io penso

che siamo tutti corresponsabili in proporzione di questo. Se fossimo intervenuti numerosissimi, se avessimo perso parecchie sedute, evidentemente non sarebbe stata colpa della Giunta, ma colpa anche degli altri colleghi, pro o contro, che avessero ritenuto opportuno dilungarsi in materia. Certo è che se non è di grandissima importanza economico - sociale, questo disegno di legge implica questioni di principio sicuramente, che giustificano l'interesse dei gruppi, l'interesse dei singoli colleghi, e quindi io penso che non sia stato niente di inopportuno e niente di artificioso attorno a questa legge. Essa è stata trattata così come meritava, perché ha un'importanza non trascurabile nel concreto, ha un'importanza riflessa tutt'altro che trascurabile per i problemi anche laterali che essa implica. Prima di riprendere gli argomenti coi quali i colleghi han voluto prevalentemente criticare questa legge, vorrei respingere, anche se non è stato posto con malafede o con malizia, un tono, un aspetto, una parte del discorso dei colleghi, particolarmente quello del collega Corsini, cioè la personalizzazione di questo problema. Signori, io penso che non sia un torto, che non sia una colpa mettere costanza, se volete cocciutaggine, se volete passione, nel cercare di portare a maturazione un problema della cui importanza uno è convinto. Non avrete mai sentito dire e non sentirete mai dire da me che questa, per essere una legge che in parte porta le impronte della mia paternità, è più importante di altre, alle quali io non ho collaborato. Io non ho mai preteso questo, però mi pare ingiusto il tentare di svalorizzarla — perché obiettivamente poi si cerca di arrivare a questo — svalorizzarla, qualificandola come una fissazione di carattere personale. Se questo disegno di legge diventerà legge effettiva; se avrà qualche effetto, positivo o negativo, io son pronto ad assumerne, per la



parte che mi tocca, i meriti o rispettivamente le responsabilità e i demeriti, ma con questo non ritengo che la legge perda niente di quello che è il suo valore intrinseco. Sono stati toccati dai colleghi vari temi, vari argomenti; credo che i due fondamentali si riducano ancora a quelli sui quali io ho insistito nella mia introduzione: il problema della natura di questo diritto, il problema dell'indennizzo e della sua misura e della sua formula. Ora badate, se ho avuto l'ingenuità di lasciarmi portare a un discorso di natura giuridica, pur circondandolo delle doverose cautele che deve usare chi si occupa di diritto non essendo un competente, questa ingenuità non voglio commentarla ancora, in questo peccato di modesta, moderata presunzione, non voglio più entrare. Sono diritti reali, non sono diritti reali, sono iscrivibili, non sono iscrivibili al tavolare, al fondiario? Possiamo anche non occuparcene. Perché è pacifico, questo sicuramente è pacifico, che sono diritti affievoliti e su questa definizione ritengo di poter non essere smentito, o sono diritti condizionati — se non vi piace la parola affievoliti — da una serie di disposizioni legislative che ne prevedono, a differenza di altri diritti di proprietà, la possibilità di cessazione, di decadenza. Su questo penso che dobbiamo finire coll'essere tutti d'accordo, a meno che io non mi sia sognato le cose in una notte fertile di sogni. Non le ho sognate. Quindi evidentemente sono dei diritti del tutto particolari, per i quali l'esproprio non ha le stesse caratteristiche e non segue necessariamente le stesse regole a cui è soggetto il procedimento di esproprio per la proprietà che sia proprietà in generale diversa da quella dei diritti esclusivi. D'altra parte, se il collega Corsini insiste, non senza un fondamento, dal suo punto di vista in modo particolare, e non senza abilità, dal suo punto di vista di difesa di questi diritti,

sia pure con le premesse che ha fatto, se insiste nella citazione della sentenza n. 90 originata dalla questione del terreno destinato alla costruzione del palazzo degli uffici regionali in Sicilia, io penso di poter insistere in maniera altrettanto lecita e forse, se mi consente Corsini, più pertinente, nel citare un'altrettanto autorevole sentenza della Corte costituzionale, che non ha bisogno di richiami di larga approssimazione e di larga analogia, ma che è una sentenza originata da una legge sull'espropriazione dei diritti esclusivi di pesca, operata dal Consiglio regionale della Sardegna, il quale Consiglio . . .

CORSINI (P.L.I.): Espropriazione? Non è una espropriazione! . . .

RAFFAELLI (assessore turismo, caccia e pesca e settore idroelettrico - P.S.U.): Che cos'è?

CORSINI (P.L.I.): È una dichiarazione di decadenza.

RAFFAELLI (assessore turismo, caccia e pesca e settore idroelettrico - P.S.U.): Dichiarazione di decadenza generale, con una . . .

CORSINI (P.L.I.): (*Interrompe*).

RAFFAELLI (assessore turismo, caccia e pesca e settore idroelettrico - P.S.U.): Sì, credo che sia questione di parole in questo caso. È questione di parole, perché è previsto anche lì l'indennizzo . . . operata con una legge da un Consiglio regionale che dispone di facoltà legi-

slativa secondaria nella materia, mentre la nostra è primaria. Contro la legge sarda era ricorso lo Stato per alcuni motivi di termini di competenza dell'istanza di ricorso e anche sostenendo in particolare che mai la Regione avrebbe potuto togliere i diritti esclusivi di pesca sulle acque del demanio statale, sulle acque marittime, proprietà del demanio statale. E la Corte costituzionale ha dato torto allo Stato, ha detto: sì, le acque del demanio statale restano acque del demanio statale, restano integri tutti i diritti dello Stato su queste acque, meno il diritto esclusivo di pesca, perché la Regione sarda ha la piena facoltà di toglierlo. Quindi se non dovessimo navigare, come io ritengo, in acque assolutamente sicure dal punto di vista della legittimità costituzionale, quanto meno c'è la presunzione di navigare in acque aperte e non minate da eccessive, vistose, frequenti mine di incostituzionalità, e penso che anche coloro che non sono d'accordo nel merito della legge devono convenire su questo. Detto questo sul problema della costituzionalità, ad avviso della Giunta, dico qualche cosa ancora sul problema dell'indennizzo, prima di entrare nel merito dei singoli argomenti sollevati dai colleghi partitamente. Io capisco che da sinistra, per esempio, o da chi si autodefinisce più sinistra della sinistra, per essere più precisi, ci possa venire una censura per essere passati da un tipo di indennizzo a un altro tipo, sicuramente più favorevole agli espropriandi. Ma io ho prevenuto questo discorso. Personalmente vi posso dire di più, che non è che mi piaccia; personalmente ribadisco che avrei ritenuto più giusto trattare i proprietari di diritti esclusivi di pesca, con la stessa moneta con la quale essi trattano l'ente pubblico. Pagano per il reddito che hanno, siano pagati; non pagano, non siano pagati. Viceversa la politica è l'arte del possibile; la politica non è sempre

un discorso di rigidi principi, non è un pulpito dal quale si debba solo far delle prediche, forse è meglio non farne neanche mai, non lo so. C'è stata una parte politica che ha assunto in maniera esplicita la difesa, se volete, la rappresentanza della maggior parte dei titolari dei diritti esclusivi, e ha detto: questo non sarebbe giusto, anche se ammettiamo la colpa di chi non paga le tasse, questo non sarebbe giusto perché si arriverebbe a una spogliazione, e abbiamo accettato questo concetto, abbiamo studiato una formula che riteniamo, anche di fronte ad ormai numerose prove pratiche di raffronto fra quello che dà la formula e quello che ha dato la transazione effettiva, riteniamo una formula equa, perché in qualche caso arriva poco sotto a quello che in realtà si è pagato, in qualche caso arriva sopra. E tenete conto — scusate se insisto — che si tratta di un mercato abnorme, influenzato da elementi che non sono comuni a un comune mercato di beni immobili o mobili che siano; basti pensare, per quel che riguarda l'Alto Adige, alla concorrenza da me ripetutamente deplorata, se non pubblicamente, di fronte agli interessati, alla concorrenza fra due delle principali associazioni di pesca sportiva, di cui una ha maggiori mezzi dell'altra e butta sul mercato offerte che non sono sicuramente eque, pur di accaparrarsi qualche tronco d'acqua particolarmente desiderato. Malgrado questo, ripeto, la formula non sta in generale molto al di sotto di quello che si è in pratica pagato per queste transazioni. Credo che più in là di questo non si possa pretendere di arrivare.

Detto questo sui due problemi principali, io vorrei riprendere alcune affermazioni dei colleghi che sono intervenuti, almeno le più vistose, per dire il mio parere. Il collega Bernhart ha parlato dell'aspetto politico della cosa, l'ha anche intonata in senso piuttosto serio,

per non dire addirittura drammatico: la Regione è sull'orlo della chiusura dei suoi battenti, quindi non doveva occuparsi di cose che diventeranno, anzi lui ha detto — è un avvenirista del settimo giorno — ha detto che « sono » di competenza della Provincia. Dunque andiamoci piano con i tempi dei verbi. Saranno, consento, ma sono — presente — competenza della Regione, collega Bernhart. La Regione non ha nessun dovere di abdicare in anticipo a competenze che domani possono essere trasferite. E poi tutto il discorso del collega Bernhart, a questo proposito non è accettabile, è da respingere. È la provincia di Trento o meglio la Regione che vuole interferire in una competenza che domani sarà della provincia di Bolzano, e io gli ho fatto segno: rivolgiti al tuo collega Posch e chiedigli perché e con quale diritto allora si è permesso o si permette e io invece farò questo discorso al collega Posch; assolutamente dirò il mio parere nel merito della sua proposta di legge, così come penso farà la Giunta, ma nessuno di noi opporrà l'illiceità di proporre qualche cosa che non riguarda la provincia di Bolzano. Ci vorrebbe altro, sarebbe una gravissima distorsione, nel senso della funzione legislativa di un Consiglio regionale, che finché c'è evidentemente agisce correttamente, proponendosi temi che siano della competenza regionale, qualunque sia l'ambito territoriale entro cui questi temi siano più o meno totalmente o parzialmente sentiti. Così, come non possiamo accettare il discorso sui masi chiusi. Ci vorrebbe altro. Ma anche le tasse che deve pagare il conduttore del maso chiuso allora dovrebbero diventare di competenza della Provincia che ha la competenza in materia di masi chiusi. Non esageriamo. Nessuno tocca la competenza della Provincia sull'ordinamento dei masi chiusi, ma il diritto penale penso che sia uguale anche per il con-

duzione del maso chiuso e che lo faccia e lo regoli il Parlamento italiano e non la Provincia di Bolzano, così come il diritto sulle acque evidentemente non può rientrare nel diritto specifico che riguarda i masi chiusi. Circa le argomentazioni dell'avv. Less, — io lo conosco e lo stimo molto come dirigente di una delle buone associazioni di pescatori, quelle fortunate associazioni di pescatori dell'Alto Adige, perché dispongono di acque pregiatissime; credo che se l'avv. Less avrà la fortuna, che io gli auguro, di vivere tanti anni, sarà Presidente della società pescatori di Bressanone, anche quando, in ipotesi, le acque non dovessero più essere degli attuali proprietari — dico che egli ha creato una polemica artificiale, parlando della differenza fra la capacità organizzatrice del privato, e la presunta incapacità dello Stato, adoperando l'abusato, il frusto argomento che tutto quello che è nelle mani dell'iniziativa privata è bello e tutto si guasta e tutto diventa marcio quando passa nelle mani dello Stato. Ammesso anche che fosse vero questo aforisma, che non è vero, non si applica all'ipotesi concreta. Se si dovesse verificare quanto noi proponiamo e auspichiamo, le acque non saranno più di proprietà, per quello che riguarda la pesca, di Tizio, Caio, Sempronio, che fa il contratto con l'avv. Less per conto della società di Bressanone, saranno acque in disponibilità della provincia di Bolzano, secondo quanto è previsto nella legge, che le darà in concessione di piscicoltura, o meglio di acquicoltura, alla società presumibilmente di Bressanone, alle condizioni alle quali normalmente si fanno queste concessioni di carattere amministrativo. Quindi è un articolo destinato, come altre forme e come altri temi di questa polemica, a impressionare chi è disposto, chi è già ben predisposto a lasciarsi impressionare da determinati tipi di polemica. E qui mi viene in mente il discorso

fatto alla rovescia dal collega Jenny e anticipo un po' la risposta a questa parte del suo intervento. Lui dice: avete disturbato i principi del socialismo per questa cosa che con il socialismo non ha niente a che fare, perché il socialismo deve occuparsi di ben altri monopoli, ecc. Collega Jenny, sei un bravo polemista, ma un polemista completamente disattento, perché nessuno di noi ha disturbato i sacri principi del socialismo per giustificare questo, anche perché non sarebbe stato neanche molto corretto da parte di una coalizione di partiti, dei quali uno dichiaratamente non si ispira ai principi socialisti e marxisti, e quindi sarebbe stato quanto meno indelicato contrabbandare questo disegno di legge come disegno di legge socialista. Ma tu hai sentito delle parole in aria, e sono le parole di alcuni di coloro che resistono, in difesa del loro interesse, a questo disegno di legge, che hanno cercato di attribuire a una volontà politica socialista, hanno tirato fuori il « babau » del socialismo espropriatore eversore dei sacri principi della proprietà. Credo che qualcuno sia arrivato per lo meno alle soglie della Curia arcivescovile di Trento perfino, non credo che sia andato molto oltre la soglia e penso che non avrà avuto neanche molta udienza, ma so che per lo meno ha tentato di arrivare lì a sostenere questa tesi, che poi ha sostenuto con lettere e missive presso tutti i colleghi della democrazia cristiana, ritenendoli sensibili a questo spauracchio, e sensibili pare che non siano stati, perché di spauracchio si trattava. È una legge che vorrebbe modernizzare un poco e non fare la rivoluzione, evidentemente, perché la rivoluzione nelle acque è meglio non farla, anche perché così non sono l'ambiente sociale più adatto per esperimenti di questo tipo. Quindi direi che c'è bisogno di dimensionarlo tutto questo discorso, dimensionarlo per togliere a chi ve lo propone i troppi meriti

e i troppi demeriti che la personalizzazione gli attribuiscono e per togliere al discorso stesso gli aspetti non veri, gli aspetti impropri che gli sono stati attribuiti nel corso della sua vicenda. Sempre il collega Bernhart mi ha anche offerto qualche argomento che utilizzo ben volentieri. Ho detto: non si dà niente — egli ha fatto riferimento ancora al testo vecchio, non conoscendo questa mattina il testo nuovo — ha detto: non si dà niente, perché le tasse non ci sono —, e in questo sono lieto di aver avuto un'autorevole conferma —. Lui è un rivierasco o vicino ai rivieraschi, li conosce personalmente e sa che per questi titoli non pagano tasse. Poi però dice: la Regione spenderà un sacco di milioni. Allora, o non dà niente o spende troppi milioni. Come la mettiamo? Una delle due. Non si possono usare due argomenti esattamente contrari l'uno all'altro. Ma siccome poi di milioni si è parlato anche da parte del collega Corsini, io vorrei dire anche che la proposta del collega Corsini, di dare quattrini alle società perché gestiscano in affitto queste acque, è proposta che sfonda porte aperte. Le associazioni pescatori sportivi fruiscono quasi tutte di modesti contributi della Regione, vuoi per la vigilanza, vuoi per il ripopolamento soprattutto. Ma considererei estremamente pericoloso istituire il principio, ammettere, sia pure implicitamente, che un contributo dato per aiutare la società a pagare il canone d'affitto, sarebbe aprire sicuramente la strada all'aumento dei fitti e aprire la strada per il passamano delle sovvenzioni regionali, che dovrebbero finire nelle tasche dei proprietari dei diritti esclusivi di pesca e, se mi consente, a questo proprio io non mi sento portato proprio per niente. Il resto, i tanti o pochi milioni, è evidentemente un discorso che la Giunta dovrà fare se domani avrà in mano questo strumento per rendere possibile la espropriazione; sarà una valutazio-

ne di opportunità o meno. E questo mi pare che non dia giustificazione allo scandalo che si è voluto trarre anche sotto questo profilo, sia per un verso da Corsini che per l'altro dal collega Jenny. È vera in buona parte la cronaca ricostruita dal collega Corsini della vicenda di questo disegno di legge, o meglio di questa materia sulla quale la S.V.P. a un certo momento aveva detto: desidero che la Regione non interferisca. Ma allora eravamo nei termini della espropriazione *tout court*, come piace a Corsini. E io li conosco, presumo di conoscerli questi argomenti: o tutto o niente, e così si scavalca la via di mezzo, che è quella praticamente possibile. La S.V.P. aveva detto di no a quello, con quella precisa argomentazione che è stata riferita: non vorremmo che la Regione interferisse in una materia che per l'Alto Adige è particolarmente importante e delicata, è una materia di quelle destinate al passaggio di competenza alla Provincia. E i due partiti, tre allora, che han formato l'attuale coalizione di maggioranza, hanno detto: sospendiamo questo discorso; il che era un impegno a non farne più niente, e dal momento che si è trovata la formula che consente che l'atto concreto di espropriazione sia delegato totalmente alle Province competenti, sicuramente nello spirito più giusto dell'art. 14, non c'era più ragione di fermarsi. E che ci sia possibilità di discriminazione, suggerisce alcune risposte. Una risposta a Jenny, quando dice: con questa discriminazione io non sono d'accordo perché dà alla Giunta provinciale di Bolzano la possibilità di fare una politica di partito, discriminatoria, interessata. Ha parlato molto esplicitamente, mi pare. Ora, guardi, io non sono il difensore d'ufficio della S.V.P. e non vengo a dirle che non lo farà o che lo farà, ma io dico che un organo legislativo non può, di fronte a uno strumento di legge, anche corretto oltre tutto, dire: non lo

faccio, perché l'altro organo amministrativo legale, legittimo, non sarà onesto nell'applicazione. È assolutamente assurdo pensarlo. Bisognerà combattere sul terreno politico per denunciare eventuali abusi, ma non si può non fare una legge in una certa maniera, perché non si ha fiducia in quell'organo che la deve applicare. È come se noi non facessimo una legge che regola l'amministrazione delle finanze comunali, perché supponiamo o abbiamo la certezza che determinati Consigli comunali o Giunte comunali sono faziosi o non sono corretti. Questo veramente è un discorso che la Giunta e penso il Consiglio non può accettare nel momento in cui fa le leggi, libero ciascuno di noi di attribuire a un partito piuttosto che a un altro la capacità di usare gli strumenti di cui dispone anche in maniera non corretta. Per il resto questa articolazione e questa possibilità discrezionale delle due Giunte, migliora la legge rispetto a quella originaria di iniziativa consiliare, presentata a suo tempo dal collega Nicolodi e da me. Le migliora, signori, Perché? Perché già allora per noi si era posto il problema, e non avremmo saputo in quel momento come affrontarlo, di espropriare delle opere che non avevano nessuna ragione di essere espropriate o che non era comunque opportuno. Ho già fatto l'esempio della Comunità di Fiemme, perché era la più comoda e mi sovveniva, data la presenza del collega Vinante, ma c'è l'esempio di alcuni comuni in provincia di Trento che sono titolari di questo diritto esclusivo, i quali non ne hanno mai fatto alcuna speculazione, e di altri amministratori o proprietari che non fanno speculazione. C'è il problema dell'indennizzo, che con l'espropriazione totale può portare effettivamente a un grosso esborso, mentre con la espropriazione graduale, discriminata, come si è voluto dire, diventa una cosa affrontabile di volta in volta, di anno in anno.

Il collega Corsini si è soffermato molto su un presunto aspetto di scorrettezza di questa legge nei confronti di coloro che possono esserne oggetto, e non sanno se ne saranno o non saranno oggetto. E dice: non si può dichiarare una potenziale espropriazione, in modo che uno sia lì che non sa se sarà o non sarà espropriato, perché la proprietà è o non è. Sostanzialmente il discorso del collega Corsini è questo. E ha citato in modo particolare coloro che l'hanno acquistata con denaro, anziché ereditata dai progenitori e dei genitori. Io dico che non è posto correttamente il suo problema, perché se io acquisto un'automobile nuova in garanzia, ho diritto di pretendere che questa automobile funzioni e ho diritto che entro il periodo di garanzia non mi faccia degli scherzi, oppure chi me l'ha venduta me la sostituisca o me la metta a posto. Ma se io acquisto un'automobile, così come qualsiasi altro genere usato, devo attendermi un funzionamento ridotto e condizionato. Chi ha acquistato diritti esclusivi di pesca, e non li abbia acquistati nell'alto medioevo o nel tardo, ma li abbia acquistati dopo il 1921 o dopo il 1931, li ha acquistati sapendo che essi sono soggetti a queste possibilità di esproprio, per interesse pubblico, per non uso, per cattivo uso; li ha acquistati sapendo non che gli verrà eventualmente commisurato un indennizzo secondo la formula che noi abbiamo studiato e che proponiamo, li ha acquistati sapendo che li potevano venir meno da un giorno all'altro, indennizzati con la norma prevista dalla legge dello Stato, cioè con una indennità ragguagliata alla capitalizzazione della media delle tasse pagate negli ultimi cinque anni. E se malgrado questo non si sono preoccupati di pagarle queste tasse, vuol dire che gli è andata bene, che non sono stati espropriati secondo questa regola dello Stato, e gli andrà bene se verranno espro-

priati secondo la formula di indennizzo da noi studiata, che non li metterà sicuramente sul lastrico e non rappresenterà sicuramente una spogliazione. Detto questo, io penso di aver risposto a tutte le argomentazioni di carattere . . .

*(Interruzione).*

RAFFAELLI (assessore turismo, caccia e pesca e settore idroelettrico - P.S.U.): Ecco. Salvo appunto a quella della regolamentazione generale, alla quale ha fatto più volte riferimento il collega Jenny. La istanza di una regolamentazione più precisa in materia di pesca è fondata e sono il primo a riconoscerlo e sono il primo a dirle che si sta cercando di farla, per quanto non sia una cosa facile. Ho imparato a mie spese, politicamente parlando, che mettere le mani con troppo vigore o troppo slancio, là dove ci sono vecchie e radicate tradizioni in materia di caccia e in materia di pesca, si rischia di dover poi far marcia indietro, si rischia di fare delle cose che non sono tollerate, che devono essere somministrate a piccole dosi. Ed è per questo che io, con i collaboratori miei, con parecchi dirigenti di associazioni sportive di pesca, stiamo cercando da tempo di trovare una regolamentazione uniforme, soprattutto per rendere più efficace quello scopo, al quale io mi richiamo sempre, di richiamo turistico che può esercitare la pesca. Perché potrà essere anche giusto stabilire una determinata tassa per un giorno di pesca in un luogo o una tassa maggiore in un altro luogo dove la pesca è più abbondante, ma non è sicuramente accettabile come sistema da approvarsi in definitiva, quello vigente nella nostra regione, anche in provincia di Trento, per cui da una parte il permesso giornaliero di pesca costa 500 lire, dall'altra costa 1.500 lire; il

sistema per cui in determinate zone il pescatore del luogo paga mille, 1.500 lire per tutto l'anno, e a un pescatore che viene da fuori si chiedono 1.500 lire per un giorno. Su questo, guardi, sono perfettamente d'accordo. Io credo che nell'ipotesi di una legislatura che si compia nei tempi previsti e di una mia permanenza a questa responsabilità, qualche cosa anche in questo senso sarà possibile fare. Ed è un impegno che io assumo, il che però non toglie l'opportunità di rimuovere, per quanto necessario e opportuno, questo grosso ostacolo. Lei sa che è più facile forse per certi aspetti e anche secondo il nostro diritto costituzionale influire sul possesso della proprietà che non sull'uso. In questo caso è più facile, secondo me, perché le leggi ce lo consentono dal punto di vista costituzionale, è più facile rimuovere la proprietà, che non indurre la proprietà a comportarsi in una certa maniera piuttosto che in un'altra. Perché, per esempio, io non conosco norme che consentano di imporre determinato trattamento degli ospiti, da parte di chi sia titolare del diritto esclusivo di pesca. Non lo conosco, confesso, non esiste . . .

JENNY (S.F.P.): No, regolamento.

RAFFAELLI (assessore turismo, caccia e pesca e settore idroelettrico - P.S.U.): Ma non esiste, cosa vuole che le dica, non esiste. Quindi io sono . . .

JENNY (S.F.P.): Allora l'esproprio non serve.

RAFFAELLI (assessore turismo, caccia e pesca e settore idroelettrico - P.S.U.): Come, non serve?

JENNY (S.F.P.): L'esproprio non serve se non c'è il regolamento.

RAFFAELLI (assessore turismo, caccia e pesca e settore idroelettrico - P.S.U.): Ma no, non ci siamo capiti: imporlo a colui che mantiene il titolo del diritto esclusivo. Quando non ce l'ha più, evidentemente, a coloro ai quali l'acqua viene concessa in diritto di acquicoltura — e lo dico per il collega Corsini, abbiamo sostituito acquicoltura alla piscicoltura perché è un termine anche proprio e ufficiale e per evitare di confonderla con la piscicoltura commerciale, industriale — dicevo: a coloro ai quali l'acqua viene concessa con atto amministrativo per 15 anni, per 9 anni, si può imporre qualsiasi condizione, attraverso il disciplinare di concessione, compreso il limite dei permessi d'ospite o delle licenze permanenti. E la Regione questo sta già cercando di regolamentarlo, mentre al titolare del diritto esclusivo non può imporre questo. Se uno trova nel sottoscritto colui che gli dà, supponiamo per assurdo, 5 milioni per un km. di torrente, nessuno gli può impedire di intascare 5 milioni. Ecco perché dicevo che la regolamentazione ha bisogno anche di portare tutte le acque al limite finale, il maggior numero di acque possibili oggi entro la uniformità di regime; acque cioè che per l'aspetto della pesca dipendano dalla Regione, domani alle Province se ci sarà la riforma costituzionale, e che possano essere concesse alle associazioni di pescatori sportivi. Questo il fine della legge e consentitemi, anche senza bisogno delle statistiche invocate dal collega Corsini, che io non ho avuto la premura di far predisporre, ma che potrebbero, sotto certi aspetti, essere anche facilmente disponibili, anche senza questo ausilio si può sicuramente affermare che se la legge sarà legge che

verrà applicata, gli scopi che essa si prefigge potranno essere conseguiti. A proposito di statistiche, io le citerò, collega Corsini, due cifre incontrovertibili: il primo giorno di apertura della pesca in provincia di Trento, 25 aprile 1967, sui laghi di Toblino e S. Massenza e sul tratto di fiume Sarca in concessione alla società pescatori del basso Sarca, sono stati staccati 1000, diconsi mille, permessi d'ospite, a mille lire ciascuno. Mille persone di cui una buona parte sicuramente è venuta da fuori e non ha speso solo le mille lire, ma ha speso anche i soldi turisticamente importanti del pranzo e magari del pernottamento. Questa è una cifra. Avendo voluto, qualcuno che non ha firmato il suo scritto, polemizzare un po', sia pure garbatamente, con il proponente di questo disegno di legge, fare la difesa, non so bene se della proprietà privata, perché era un articolo polivalente, si è citato ad esempio un altro specchio d'acqua, che è di proprietà di un privato e che è in affitto ad una società, e si son citati 157 ospiti in una domenica. Se io volessi farmi forte di questa differenza di cifre per dimostrare quanto più attrae l'acqua in gestione di una associazione di pescatori libera dalla presenza del proprietario rispetto a quell'altra, vedo che avrei delle cifre estremamente significative. Io invece le considero casuali queste cifre. Certo è che la tendenza è questa: chiedere assieme anche alle altre notizie sull'albergo, sui trattamenti, sui prezzi di pernottamento, ecc., da parte di molti, chiedere anche quali siano le possibilità di pesca. E lo sa il collega Bolognani, in modo particolare, che ha trovato sul suo tavolo di lavoro la bozza di una guida, per lo meno per quanto riguarda il Trentino, la bozza di una guida per la pesca, destinata ai turisti, che se non ha visto poi la luce, non è stato perché Bolognani non abbia voluto portare a termine o far portare a termi-

ne, è rimasta lì perché concordemente abbiamo detto: diremo agli ospiti che vengono da fuori tutta la verità sul Trentino - Alto Adige in materia di pesca, quando potremo dirla a testa alta e quando potremo evitare la brutta figura di dire: qui si pesca, qui non si pesca, qui paghi mille lire, qui ne paghi 5, perché vorremmo essere in una repubblica piuttosto ordinata anziché in una repubblica anarchica quale è quella attuale. Questa legge, signori consiglieri, ha la modesta ambizione di portare un sasso all'ordinamento di questo aspetto della nostra piccola repubblica, che non è l'ultimo, anche se non è fra i primi.

PRESIDENTE: La discussione generale è chiusa.

Metto in votazione il passaggio alla discussione articolata: è respinto con 21 voti contrari e 18 favorevoli.

Passiamo al prossimo punto dell'ordine del giorno . . .

*(Interruzioni varie).*

PRESIDENTE: La parola al consigliere Tanas.

TANAS (P.S.U.): Signor Presidente, brevemente vorrei la parola, per farle rilevare, anche a nome del collega Jenny, che questa votazione, secondo il nostro punto di vista, non è regolare, perché non sono stati chiesti i consiglieri che si astenevano. Vorrei che fosse fatta eventualmente una verifica. La votazione non è stata regolare.



PRESIDENTE: La parola al consigliere Bolognani.

BOLOGNANI (D.C.): Anch'io mi associo alla richiesta del collega Tanas, in quanto è opportuno fare una verifica, poiché il numero degli astenuti non è stato chiesto.

PRESIDENTE: L'art. 94 dice: « Ogni delibera del Consiglio regionale è valida quando i voti favorevoli prevalgono sui contrari, salvo per quelle materie ed in quei casi in cui sia prescritta una maggioranza diversa ». Dunque la votazione è valida.

*(Interruzioni varie).*

PRESIDENTE: La parola all'assessore Segnana.

SEGNANA (assessore agricoltura e commercio - D.C.): Dal momento che sono state fatte delle obiezioni circa la regolarità della votazione, io chiedo, a norma di Regolamento, la verifica della votazione, perché c'è un articolo del Regolamento che concede la facoltà di chiedere la verifica alla votazione.

MITOLO (M.S.I.): Al momento della votazione.

MOLIGNONI (P.S.U.): Al vostro posto dovevate stare.

PRESIDENTE: Procediamo ora all'esame del disegno di legge n. 60: « **Disposizioni in materia di uccellazione** » (presentato dai consiglieri regionali Posch, Gebert-Deeg, Spoegler e Bernhart).

La parola al cons. Posch per la lettura della relazione.

POSCH (S.V.P.): *(legge).*

PRESIDENTE: La parola al cons. Benedikter per la lettura della relazione della commissione legislativa libro fondiario, caccia e pesca, ecc.

BENEDIKTER (S.V.P.): *(legge).*

PRESIDENTE: Non avendo raggiunto un accordo con i capigruppo per recuperare la giornata di ieri, facciamo la prossima seduta il giorno 27 giugno, ad ore 10. La seduta è tolta.

*(Ore 14).*